

Auf dem Weg zum Bürgerbündnis

Zivilgesellschaft im Einsatz für Demokratie in Niedersachsen

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“

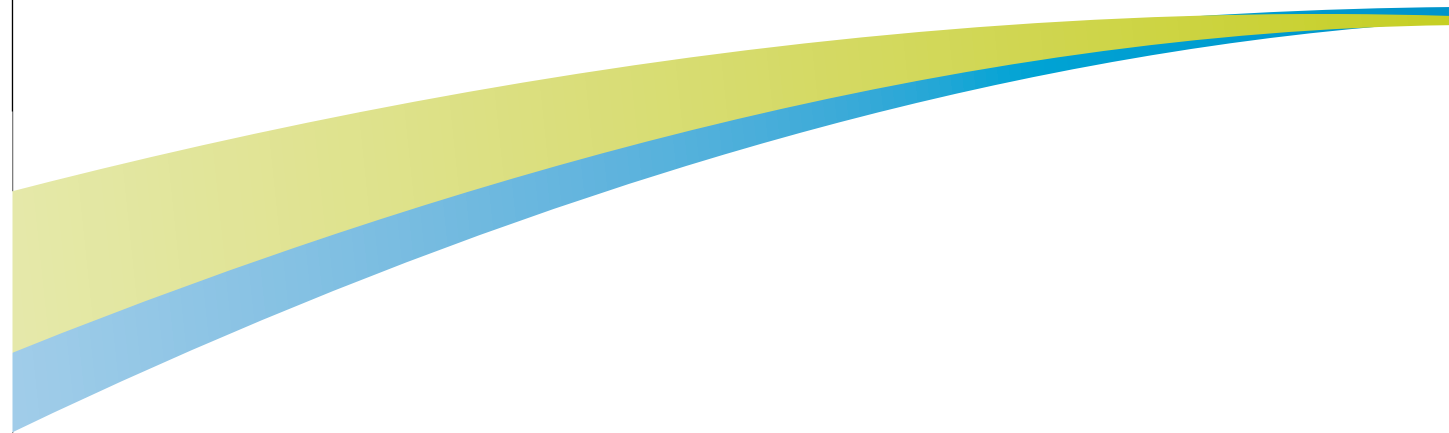


**Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend**



Auf dem Weg zum Bürgerbündnis

Zivilgesellschaft im Einsatz für Demokratie in Niedersachsen



Impressum

Herausgeber/Bezug über:

Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“
Landespräventionsrat Niedersachsen II
Niedersächsisches Justizministerium
Am Waterlooplatz 5A/II
30169 Hannover
E-Mail: nilako@lpr.niedersachsen.de

Dr. Marc Coester
Gerd Bucker
Patrick Neumann
Jacqueline Reil
Dr. Kati Zenk

Durchführung der Interviewstudie, Text & Redaktion:
Martina Ernst, arpos institut

Gestaltung & Layout:
Joachim Möllmann

Gestaltung des Titels:
Maren Steffen-Memler

Druck:
oeding print GmbH

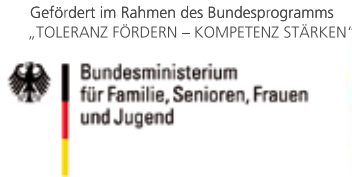
Fotoquellen:
Bad Nenndorf ist bunt. Bündnis gegen
Rechtsextremismus e.V.: S. 26, 29, 31, 36,
38, 42, 43
Fritz Vokuhl: S. 33
NDR / Ingo Weichselbaumer: S. 41
Andrea Kusajda / pixelio.de: S. 34
Burkhard Vogt / pixelio.de: S. 24/25
Die sieben Bündnisportraits sind mit Bildern
illustriert, die freundlicherweise von den je-
weiligen Bürgerbündnissen für diesen Zweck
zur Verfügung gestellt wurden.

Titelbild:
„Urban Knitting“ (Bad Nenndorf ist bunt.
Bündnis gegen Rechtsextremismus e.V.)

1. Auflage April 2013

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort	_6
II. Einleitung – Was ist ein Bürgerbündnis?	_8
III. Bündnisporträts	
1. Couragierter Norden – Tostedt	_10
2. Von Jungs zu „Saubermännern“ – Schneverdingen	_12
3. „Wir bleiben in den Startlöchern“ – Verden	_14
4. In aller Breite – Delmenhorst	_16
5. Alle Jahre wieder – Bad Nenndorf	_18
6. Auf gute Nachbarschaft – Rodenberg	_20
7. Gegen die Festung – Bad Lauterberg	_22
IV. Wegweiser zu einer erfolgreichen Bündnisarbeit	
1. „Die wollen nicht nur spielen“ – Handlungsansätze erkennen und vermitteln	_26
2. Aller Anfang ist schwer – die Gründungsphase	_28
3. Vielfalt der Möglichkeiten – Bündnisarbeit als Teil der Stadtkultur	_30
4. „Wir müssen das Rad nicht neu erfinden“ – lokale und überregionale Netzwerkstrukturen	_32
5. Wölfe in Schafspelzen – Veränderungen und neue Herausforderungen	_34
6. Medien als Partner – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	_36
7. Früh übt sich – Einbindung junger Menschen	_38
8. Zeigt Euch! Oder auch nicht – Ängste und Gefahren	_40
9. Perlen für die Stadtkultur – Demokratisierung und Prävention	_42
V. 15 Schritte zu einer erfolgreichen Bündnisarbeit	_44



Vorwort

In der vorliegenden Broschüre werden sieben niedersächsische Bürgerbündnisse vorgestellt, die sich in ihren Regionen für Demokratie, Vielfalt und Zivilcourage und gegen Rechtsextremismus engagieren. Ziel der Publikation ist es, dieses öffentlich noch zu wenig beachtete Feld zivilgesellschaftlichen Engagements näher zu beleuchten und die Potentiale bürgerschaftlicher Bündnisarbeit aufzuzeigen. Was steckt hinter dem Engagement? Welche Ziele verfolgen die Akteurinnen und Akteure und was bedeutet ihre ehrenamtliche Arbeit für die Kommunen?

Um einen intensiven Einblick in die Arbeit der Bündnisse zu gewinnen und Informationen über die Bedingungen ihrer Gründung und die weitere Entwicklung ihrer Arbeit zu erhalten, wurden im ersten Halbjahr 2012 elf Interviews mit beteiligten Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Verwaltung geführt. Ergänzend dazu erfolgten zwei Experteninterviews mit Reinhard Koch vom Zentrum Demokratische Bildung (ZDB) Wolfsburg und der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) sowie mit Gerd Bücker vom Landespräventionsrat Niedersachsen. Aus den Gesprächen resultierten schließlich 160 Seiten Datenmaterial, die sich als ein sehr reicher Fundus an Erfahrungen, Ideen und Hilfestellungen, aber auch an sehr persönlichen Perspektiven, Überlegungen und Empfehlungen erwiesen. Im Fokus der Broschüre stehen die subjektiven Betrachtungen der Befragten. Diese bilden die Grundlage für die Erarbeitung eines „Wegweisers“, in dem Hilfestellungen und Anregungen bereitgestellt werden, um zivilgesellschaftliches Engagement zu organisieren und die Akteurinnen und Akteure in den Regionen – und auch darüber hinaus – besser zu vernetzen. Die Broschüre möchte Wege aufzeigen, ohne dabei den Anspruch zu erheben, einen allgemeingültigen Ratgeber zur Verfügung zu stellen. Die Problemlagen und Bedingungen in den Regionen sind zu unterschiedlich, um Patentrezepte und einfache Lösungen liefern zu können. Es hat sich jedoch gezeigt, dass durch einen Austausch von Erfahrungen und Ideen wertvolle Unterstützungen geleistet werden können, die den Prozess der Gründung und Entwicklung von Bündnisarbeit erheblich erleichtern.

Die Broschüre erscheint 80 Jahre nach der sogenannten „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten. Das historische Datum verdeutlicht sehr eindringlich, wie hoch der Wert zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu bemessen ist. Auch heute ist der Handlungsbedarf groß. Mit der Wahl im Jahr 2011 konnten in Niedersachsen 21 Mandatsträger der extremen Rechten in politische Gremien einziehen. Ebenfalls existieren

weiterhin und auf zu hohem Niveau subkulturell geprägte und gewaltbereite rechtsextreme Gruppen, die Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung oder politischen Einstellung angreifen und damit Verletzungen herbeiführen und das Sicherheitsgefühl in der Gesellschaft negativ beeinflussen. Zuletzt zeigen empirische Studien wiederholt, dass fremdenfeindliche, antisemitische und rassistische Einstellungen auch in der Mitte der Gesellschaft, bei der „Normalbevölkerung“ in teilweise bedenklichem Ausmaß zu finden sind. Dies alles verdeutlicht: Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus dürfen nicht als gesellschaftliche Randerscheinungen abgetan werden, sondern stellen ernsthafte Gefährdungen unserer Demokratie dar. Die Bürgerbündnisse leisten wertvolle Arbeit, indem sie sich auf demokratischem Weg mit den Mandatsträgern befassen und wichtige Zeichen für Demokratie, Vielfalt und Zivilcourage setzen.

Der besondere Dank gilt allen Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern, die ihren reichen Erfahrungsschatz und ihre Expertise in den intensiven Gesprächen zur Verfügung gestellt haben. Nur durch die offenen und differenzierten Darstellungen der Bündnisse und Experten wurde es möglich, ein ehrliches Bild von Bündnisarbeit nachzuzeichnen und praxisnahe Empfehlungen für eine gelingende Bündnisarbeit zu formulieren.

Last not least möchten wir uns ganz herzlich bei der Autorin dieser Broschüre, Martina Ernst, bedanken. Durch ihre Interviews und Recherchen in den niedersächsischen Kommunen konnte das nun vorliegende Ergebnis realisiert werden und dient in Zukunft auch anderen Menschen in Deutschland, die sich auf den Weg zu einem erfolgreichen Bürgerbündnis begeben.

Dr. Marc Coester

Gerd Bücker

Patrick Neumann

Jacqueline Reil

Dr. Kati Zenk

Landeskoordinierungsstelle beim Landespräventionsrat Niedersachsen

„Hier engagieren sich ganz viele Menschen mit ganz viel Lust auf Demokratie. Das war für mich auch immer eine wichtige Erkenntnis, dass dieses Engagement nicht mit Pflicht, sondern mit viel Freude vermittelt werden kann.“

Einleitung – Was ist ein Bürgerbündnis?

Bei allen in dieser Broschüre porträtierten Bündnissen handelt es sich um Bürgerbündnisse im wahrsten Sinne des Wortes. Nach Meinung der befragten Experten erfüllt ein Bündnis diese Voraussetzung nur dann, wenn es sich bei den Beteiligten um tatsächliche Personen, um Bürgerinnen und Bürger handelt, die sich mit ihrem persönlichen Engagement in die Arbeit des Bündnisses einbringen und an dem Thema langfristig arbeiten möchten. Nicht selten sind diese Personen als Vertreterinnen oder Vertreter einer Organisation beteiligt, im Gegensatz zu reinen „Organisationsbündnissen“ erfolgt ihre Mitarbeit im Bündnis jedoch nicht „pflichtgemäß“, sondern aus einer persönlichen Überzeugung heraus. Die Akteurinnen und Akteure stehen hinter der Sache. Sie möchten etwas bewegen. Auf der Grundlage der vorliegenden Interviewstudie lässt sich der Begriff des „Bürgerbündnisses“ folgendermaßen definieren:

Ein Bürgerbündnis ist ein längerfristiger, parteiunabhängiger Zusammenschluss gleichberechtigter Partner zur Verfolgung gemeinsamer Ziele. Das Verhältnis der Bündnispartner ist in der Regel nicht durch einen schriftlichen Vertrag, sondern nur durch mündliche Willenserklärungen geregelt. Viele Bündnisse haben sich jedoch auf gemeinsame Normen und Handlungsgrundsätze geeinigt und diese im Fall einer Vereinsgründung in der Satzung verankert. Eine Mitarbeit steht generell allen Privatpersonen und Institutionen offen, die sich mit den Zielen des Bündnisses identifizieren können und den Handlungsgrundsätzen durch ihre aktive Teilnahme zustimmen. Der Begriff „Bürger“ beschränkt sich dabei keineswegs auf Personen deutscher Staatsbürgerschaft, sondern umfasst alle Akteurinnen und Akteure in einer Kommune unabhängig von ihrer Nationalität. Die Bezeichnung „Bürgerbündnis“ beschreibt also vielmehr die zivilgesellschaftliche Handlungsebene, durch die sich die Bündnisarbeit von staatlichem Handeln unterscheidet.

Die meisten niedersächsischen Bürgerbündnisse für Demokratie, Vielfalt und Zivilcourage und gegen Rechtsextremismus gründen sich, weil vor Ort ein konkretes Problem mit rechtsextremen Gruppierungen auftritt oder bestehende Probleme an Dringlichkeit zunehmen. Die konkreten Anlässe können sehr unterschiedlich aussehen. In einigen Regionen offenbart sich die Präsenz rechtsextremer Akteurinnen und Akteure durch ein verstärktes Auftreten einschlägiger Symbolik, durch Hakenkreuzschmierereien, Aufkleber oder durch das Verteilen von Rechtsrock-CDs auf den Schulhöfen. Auch Konflikte zwischen Neonazis und linksalternativen Jugendlichen oder Bedrohungen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger können Anlass für die Beschäftigung mit dem Thema sein. In Bad Nenndorf führte der sogenannte „Trauermarsch“ als ein regelmäßiges Großereignis der rechtsextremen Szene zu einem Zusammenschluss engagierter Bürgerinnen und Bürger. In Verden und Delmenhorst motivierten unter anderem die Immobiliengeschäfte des mittlerweile verstorbenen Neonazis Jürgen Rieger die Bürgerschaft beider Städte zu einem couragierten Protest. Auch der Einzug von Mandatsträgern der extremen Rechten in politische Gremien stellt viele Kommunen vor die Frage, wie diesen Entwicklungen auf demokratischem Weg begegnet werden kann.

Nur wenige Bündnisse gründen sich ohne einen konkreten Anlass. Die Deisterstadt Rodenberg ist ein gutes Beispiel dafür, dass es auch ohne eine unmittelbare Problemlage gelingen kann, ein funktionierendes, aktives Bürgerbündnis auf die Beine zu stellen. Durch seine Aktivitäten setzt das Bündnis das wichtige Zeichen, dass Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht als das unheilvolle Schicksal einiger akut betroffener Regionen zu begreifen sind, sondern gesamtgesellschaftliche Probleme darstellen, die nur von allen gemeinsam bewältigt werden können. Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus sind nicht nur dort anzutreffen, wo sie in ihrer extremsten Form in Erscheinung treten. Ihre Prävention und die Stärkung der Demokratie sind dringende Aufgaben aller Kommunen.

Bürgerbündnisse weisen vielfältige Entstehungsbedingungen auf. Jede Kommune hat ihre eigene Dynamik und spezifische Struktur – ein allgemeingültiger Weg lässt sich unter diesen Umständen nur schwer skizzieren. Im Folgenden werden die sieben befragten Bürgerbündnisse zunächst in kurzen Porträts vorgestellt. Ein Vergleich der Bündnisse zeigt Unterschiede in der Struktur und in der Ausrichtung ihrer Arbeit, aber auch zahlreiche Parallelen, ähnliche Sichtweisen und Erfahrungen. Im Anschluss an die Bündnisporträts werden im sogenannten „Wegweiser“ einige Aspekte herausgegriffen, die sich im Rahmen der Interviewstudie als zentral erwiesen haben und die für den Entstehungsprozess und die weitere Entwicklung von Bürgerbündnissen von Bedeutung sind. Abschließend werden „15 Schritte zu einer erfolgreichen Bündnisarbeit“ formuliert, die gemeinsam mit der Landeskoordinierungsstelle beim Landespräventionsrat Niedersachsen erarbeitet wurden.





Couragierter Norden – Tostedt

Das Tostedter Forum für Zivilcourage wurde 1998 als eine offene Initiative engagierter Bürgerinnen und Bürger gegründet. Die Stadt in der Nordheide hatte sich bereits in den 80er Jahren zu einem Anlaufpunkt der rechtsextremen Szene entwickelt, seit Mitte der 90er Jahre verstärkte sich diese Tendenz nachhaltig. Es kam immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen antifaschistischen Gruppierungen und Neonazis. Im Jahr 1998 spitzte sich die Situation dramatisch zu, als eine junge Frau von rechtsextremen Skinheads durch den Ort gejagt wurde und sich bei einem Sturz durch eine Glasscheibe lebensgefährlich verletzte. Für die Initiatoren und Initiatorinnen des Bündnisses war dieses Ereignis der Ausgangspunkt, um sich gegen die Entwicklungen zu wenden und zu einem ersten Treffen des Bündnisses einzuladen.

„Man konnte da nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Weder an der Schule noch im Ort.“

Die Entscheidung, nicht etwa einen Verein, sondern ein offenes Bürgerbündnis zu gründen, wurde ganz bewusst getroffen und hat sich bis heute bewährt. Jeder Bürger und jede Bürgerin soll die Möglichkeit erhalten, zu den Treffen des Forums zu kommen und mitzudiskutieren. Ob dies nur einmal im Jahr ist oder öfter. Jeder hat die gleichen Rechte. Gleich zum ersten Treffen erschienen mehr als 30 Bürgerinnen und Bürger. Obwohl sie alle ein gemeinsames Ziel verfolgten, war es zunächst jedoch nicht leicht, eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Die Frage, ob sich ein Bürgerbündnis ebenso gegen linken Extremismus stellen müsse wie gegen Rechtsextremismus, führte zu einem langen

Klärungsprozess und auch zum Ausstieg von Beteiligten. Die Wahl fiel schließlich auf eine positive Formulierung.

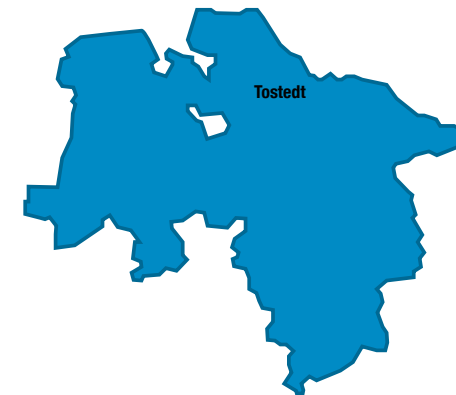
„Das war wirklich ein langer Weg und es war aus heutiger Sicht eigentlich einfach: Für Zivilcourage.“

Seitdem arbeitet ein harter Kern von etwa 15 Privatpersonen sowie Vertreterinnen und Vertretern verschiedenster Institutionen kontinuierlich an den vielfältigen Aktionen des Forums mit. Neben den beliebten Bürgerfesten, Unterschriftensammlungen und weiteren öffentlichen Aktionen liegt ein wesentlicher Schwerpunkt des Forums in der Jugendarbeit. Das Forum kooperiert sehr eng mit den ortsansässigen Schulen, von denen zwei mittlerweile das Prädikat „Schule ohne Rassismus“ tragen. Auch in Zukunft sieht das Forum seine Aufgabe in der Präventionsarbeit und in der politischen Bildung. Allerdings ist es nicht immer leicht, die Bürgerinnen und Bürger für politische Themen zu sensibilisieren.

„Insgesamt muss man eben wirklich sagen, dass so eine richtige Politisierung der Bevölkerung in Tostedt ausgesprochen schwierig ist, weil es keine politische Öffentlichkeit in der Form gibt.“

Dennoch zeigen sich Erfolge. Die Akzeptanz des Forums und das Interesse an seiner Arbeit sind heute sehr viel höher als noch zu Beginn. Die Polizei, die Verwaltung und weitere Institutionen stehen mittlerweile hinter dem Bündnis und sehen ein, dass man sich aus diesen politischen Fragen nicht heraushalten kann und klar Position beziehen muss. Seit 2010 gibt es in Tostedt einen Präventionsrat, der sich ebenfalls mit dem Problem Rechtsextremismus auseinandersetzt und in dem das Forum aktiv beteiligt ist. Ein wichtiges Ziel, die Schließung eines örtlichen Streetwear-Ladens, der von einem Anhänger der rechtsextremen Szene betrieben wurde und als Anziehungspunkt gerade für Jugendliche von großer Bedeutung war, konnte kürzlich ebenfalls erreicht werden. Aus Sicht des Forums ist es vor allem wichtig, als Kommune eine quantitativ und qualitativ gute Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Nur so kann verhindert werden, dass die Angebote der rechtsextremen Szene weiteren Zulauf erhalten.

„Gerade in solchen Orten sollte – noch viel mehr als sonst – eine wirklich gut funktionierende Jugendarbeit laufen.“



Forum für Zivilcourage Tostedt

Gegründet: 1998

Kontakt:

Forum für Zivilcourage Tostedt
Schützenstraße 24
21255 Tostedt

Ansprechpartner:

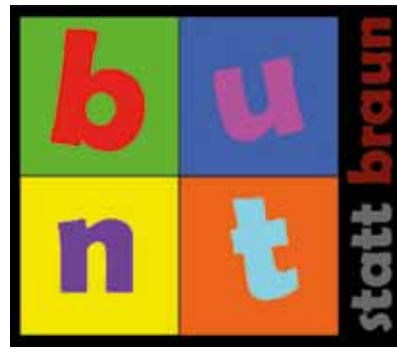
Ulrich Graß / Michael Himmel

Internet:

www.tostedt-gegen-rechts.de

E-Mail:

tostedter-forum@gmx.de



Von Jungs zu „Saubermännern“ – Schneverdingen



Im Jahr 2007 rückte der kleine Luftkurort Schneverdingen plötzlich in den Fokus des öffentlichen Interesses. Bereits 2006 hatte die ortsansässige rechtsextreme Kameradschaft „Snevern Jungs“ versucht, den sogenannten Volkslauf zum alljährlichen Heideblütenfest zu unterlaufen. Ein Jahr später eskalierte die Situation. Der veranstaltende Sportverein hatte eine erneute Teilnahme der Kameradschaft nur unter der Voraussetzung erlaubt, dass sie ihre schwarzen T-Shirts mit dem weißen Aufdruck „Wer von der Lüge lebt, muss die Wahrheit fürchten“ umdrehen. Diese Auflage wurde zunächst befolgt, beim Zieleinlauf drehten jedoch einige ihre T-Shirts wieder um. Andere zogen die T-Shirts ganz aus und stellten damit die rechtsextreme Symbolik zur Schau, die sie auf ihre Oberkörper tätowiert hatten. Der Auftritt verfehlte die gewünschte Wirkung nicht. Sowohl die regionale als auch die überregionale Presse wurde auf das Thema aufmerksam.

„Das können sie sich nicht vorstellen, welche Reaktionen dadurch ausgelöst worden sind. Schneverdingen stand plötzlich im Fokus auch der überörtlichen Presse. Ein Luftkurort wie Schneverdingen kann sich eine derart negative Presse nicht leisten. Wir leben unter anderem vom Tourismus. Wer will denn in so einem Ort noch Urlaub machen? Unser Stadtimago hatte Schaden genommen.“

Schon zuvor hatte es Stimmen engagierter Bürgerinnen und Bürger gegeben, die ein Eingreifen gegen den Rechtsextremismus vor Ort gefordert hatten. Erst mit dem negativen Presseecho wurde der Druck so groß, dass auch die Politik einsah, dass nur ein offensiver Umgang mit dem Thema weiterhelfen kann. Der Arbeitskreis „Jugend und Prävention“ ergriff die Initiative und übernahm die Vorbereitungen für die Gründung eines Bürgerbündnisses im Februar 2008. Seitdem erfährt das Bündnis „bunt statt braun“ eine umfangreiche Unterstützung durch die Stadt, was zu einer erheblichen Entlastung der ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteure beiträgt.

„Wenn die Stadt nicht eingebunden wäre, dann würde das Bürgerbündnis nicht so gut funktionieren. Die Stadt übernimmt alles, was mit Organisation und Logistik zusammenhängt. Die Protokolle werden von der Stadt geschrieben. Die Einladungen werden von der Stadt gefertigt und versendet.“

Die engagierte Bündnisarbeit in Schneverdingen zeigt Erfolge. Seit dem Jahr 2008 nehmen die Rechten an keinem Volkslauf mehr teil. Auch andere Vereine, Institutionen und die Gastronomie sind über die rechtlichen Möglichkeiten informiert, sich einer Instrumentalisierung durch die rechtsextreme Szene zu entziehen. Der Volkslauf selber sowie andere Veranstaltungen werden durch Aktionen und Infostände begleitet. Eine Plakataktion, die sogenannte „Erstwählerkarte“ und andere Aktivitäten konnten die Bevölkerung für das Thema sensibilisieren.

Die Rechtsextremen sind in der Heidestadt weniger sichtbar geworden, aber sie sind nicht verschwunden. Nach allen Erfolgen steht das Bündnis damit vor neuen Aufgaben. Die Kameradschaft ist noch immer vor Ort, in der Wahrnehmung vieler Bürgerinnen und Bürger tritt sie jedoch nicht mehr in Erscheinung. Die Bündnisarbeit rückt damit stärker in den präventiven Bereich und es gestaltet sich schwieriger, die Bevölkerung zur Mitarbeit zu motivieren. Erschwerend kommt hinzu, dass bei der Landtagswahl 2011 ein Kandidat der NPD in den Rat der Stadt Schneverdingen einziehen konnte.

„Diese Tatsache war in der letzten Vollversammlung unseres Bürgerbündnisses ein großes Thema. Warum konnten wir nicht verhindern, dass ein Rechtsextremer im Stadtrat sitzt? Der Umgang mit dieser Situation ist schwierig. Aus den Reihen des Bürgerbündnisses wurde dann auch gefragt, ob das Bündnis nicht versagt habe.“

Das Bündnis stellt sich den Herausforderungen und versucht neue Perspektiven und Handlungsstrategien zu erarbeiten. Ein Ende der Bündnisarbeit kommt für die Akteurinnen und Akteure derzeit nicht in Frage. Der Stadtrat wird noch einige Jahre in der aktuellen Konstellation bestehen. Solange ein Kandidat der NPD dort vertreten ist, braucht Schneverdingen ein Bürgerbündnis. Trotz des Rückschlags sprechen die bisherigen Erfolge für die Bündnisarbeit und auch die Wahrnehmung der Beteiligten stimmt weiterhin positiv. „Diese Arbeit lohnt sich wirklich. Wir setzen uns für Demokratie und Toleranz ein.“



bunt statt braun Schneverdingen

Gegründet: 2008

Kontakt:
Bürgerbündnis bunt statt braun
Postfach 1347
29636 Schneverdingen

Ansprechpartnerin:
Meike Moog-Steffens

Telefon: (05193) 974930

Internet:
www.buntstattbraun-svd.de

E-Mail:
info@buntstattbraun-svd.de



„Wir bleiben in den Startlöchern“ – Verden



Das „Verdener Bündnis gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Toleranz“ kann bereits auf mehr als ein Jahrzehnt erfolgreiche Bündnisarbeit zurückblicken. Das zivilgesellschaftliche Engagement begann im Jahr 2001, als eine Reihe aktiver Rechtsextremisten mit der Absicht in den Landkreis zurückkehrte, in Verden eine Schwerpunktregion der rechtsextremen Szene aufzubauen. In den ersten Jahren nach der Gründung des Bündnisses traten die Vertreter der extremen Rechten in der Region zunächst nur mit vereinzelt Aktionen in Erscheinung. Eine neue Qualität bekam die inhaltliche und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus, als 2004 bekannt wurde, dass die ehemalige Bundeswehrliegenschaft Heisenhof (2,6 ha) im benachbarten Dörverden vom Rechtsextremisten Jürgen Rieger aufgekauft worden war. Den Plänen Riegers zufolge sollte der Heisenhof als Tagungsort für 400 Rechtsextremisten und als ein mögliches Zentrum für wehrsportliche Aktivitäten genutzt werden. Auch Fruchtbarkeitsforschung war geplant. Zudem war der inzwischen verstorbene Rechtsanwalt Rieger bekennender Rassist, Verteidiger auch von Holocaustleugnern und rechtskräftig verurteilt wegen Volksverhetzung und Körperverletzung. Später wurde er auch NPD-Funktionär. Als die NPD für den 2. April 2005 zu einer Demonstration in Verden aufrief, reagierten die Stadt Verden und das Bürgerbündnis auf diese Provokation, indem sie zeitgleich dazu unter dem Motto „Verden ist bunt – Nie wieder Faschismus“ zu einem „Verdener Aktionstag gegen Rechtsextremismus“ einluden.

„Mich hatte die Frage umgetrieben, was eigentlich eine Form sein könnte, die viele Menschen anspricht. Das war eigentlich so dieser zündende Funke um letztendlich auch so eine Form mit dem Aktionstag zu entwickeln.“ Während dem Aufruf der NPD gerade einmal 200 Neonazis gefolgt waren, erwies sich der Aktionstag der Verdener Zivilbevölkerung mit 5000 Beteiligten als ein sehr großer Erfolg, der bundesweit in der Presse Erwähnung fand. Damit konnte in Verden ein Vorgehen begründet werden, das als sogenanntes „Verdener Modell“ überregional Beachtung fand und nach wie vor Vorbildcharakter für andere Kommunen hat. Das von der Bundesregierung ins Leben gerufene „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ nahm diese Entwicklungen zum Anlass, die Akteurinnen und Akteure im Jahr 2005 als „Botschafter für Demokratie und Toleranz“ auszuzeichnen. Nur ein Jahr nach dem Aktionstag stellte die Verdener Bevölkerung erneut ihr großes Engagement gegen Rechtsextremismus unter Beweis, als mit einer großen Spenden-

aktion verhindert werden konnte, dass die Verdener Stadthalle von der NPD aufgekauft wurde. Das Bündnis war auch an dieser Aktion beteiligt und sorgte durch diese und eine Vielzahl weiterer Aktivitäten dafür, dass sich der aktiven rechtsextremen Szene in den folgenden Jahren nur noch wenige Möglichkeiten zur öffentlichen Selbstdarstellung boten.

„Wir hatten ein gut funktionierendes Frühwarnsystem. Immer wenn die Nazis in der Stadt mit ihrem braunen Hetzmaterial unterwegs waren, waren wir friedlich protestierend zur Stelle. Sie haben dann meistens ihre Sachen gepackt und sind verschwunden. Es gibt sie noch, sie treten aber öffentlich kaum noch in Erscheinung.“

Es ist nicht zuletzt auch den vielfältigen Aktivitäten des Bürgerbündnisses zu verdanken, dass in den vergangenen Jahren wieder Ruhe in Verden eingekehrt ist und die rechtsextreme Szene nur noch selten öffentlich in Erscheinung tritt. Als die NPD auch bei der Kommunalwahl 2011 unauffällig blieb, traf das Bündnis die Entscheidung, sich zunächst in eine Beobachterposition zurückzuziehen. Das Engagement für Demokratie und Toleranz ist aber nach wie vor ein wichtiges Thema in Verden. Bereits im Verlauf der aktiven Bündnisarbeit wurde mit dem Weser-Aller Bündnis (WABE, Engagiert für Demokratie & Zivilcourage) in den Landkreisen Verden und Nienburg eine Institution aufgebaut, die Teile der Bündnisarbeit auf anderer Ebene fortführt. WABE engagiert sich sehr stark im Bereich der politischen Bildung, einem Feld der Präventionsarbeit, das auch in der Arbeit des Verdener Bürgerbündnisses stets einen sehr hohen Stellenwert besessen hat. Die neu entstandenen – und öffentlich geförderten – Strukturen konnten zu einer wertvollen Entlastung des ehrenamtlichen Engagements beitragen und erleichterten schließlich auch die Entscheidung, die Aktivitäten des Bündnisses vorläufig ruhen zu lassen.

„Dass wir uns nach jahrelangem erfolgreichen Wirken jetzt mal ein bisschen zurückziehen, ist auch damit zu erklären, dass wir beruhigt sein können, weil WABE einen Teil unserer Arbeit fortführt.“

Das „Verdener Bündnis gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Toleranz“ gehört damit aber keineswegs der Vergangenheit an. Auch in der Ruhephase bleiben die Strukturen des Bündnisses bestehen und sind jederzeit reaktivierbar. Dass aus dem ruhenden Bündnis schnell wieder ein aktives entstehen kann, konnten die Beteiligten Anfang des Jahres 2013 unter Beweis stellen, als die NPD eine Kundgebung in Verden plante. Innerhalb nur weniger Tage hatte das Bündnis seine Mitglieder wieder vernetzt und mit der Veranstaltung „Verden ist bunt“ eine große Gegenaktion organisiert, die an den Erfolg des Aktionstages von 2005 anknüpfte und wiederum deutliche Zeichen gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Toleranz setzte. Die Vertreterinnen und Vertreter des Bündnisses wissen, dass sie auch in Zukunft auf das zivilgesellschaftliche Engagement der Verdener Bürgerinnen und Bürger zählen können.

„Ich rechne auch in Zukunft mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement der Verdener Bürgerinnen und Bürger, wenn es wieder gefordert wird. Wir bleiben jedenfalls in den Startlöchern.“



Verdener Bündnis gegen
Rechtsextremismus, für
Demokratie und Toleranz

Gegründet: 2001

Kontakt:
Werner Meincke
Auf dem Berge 4
27283 Verden

Ansprechpartner/-in:
Werner Meincke / Elke Müller /
Werner Schröter

Telefon: (04231) 64327

E-Mail:
wermei@gmx.de

In aller Breite – Delmenhorst

Das Bürgerbündnis in Delmenhorst ist noch jung. Umso beeindruckender ist die Vielzahl an Partnern, die sich in dem Netzwerk unter dem Titel „Breites Bündnis gegen Rechts – Delmenhorst bleibt bunt“ zusammengefunden haben. Seit der Gründung des Bündnisses im November 2010 konnte die Anzahl der beteiligten Personen und Institutionen innerhalb nur eines Jahres von 40 auf 80 verdoppelt werden. Mittlerweile gehören sämtliche demokratischen Parteien, alle Kirchen, Gewerkschaften, Sportvereine, Seniorenverbände, das Schülerparlament der Stadt Delmenhorst und zahlreiche Privatpersonen zu den 102 Partnern des Bündnisses. Und die Tendenz ist weiter steigend. Das Bündnis verhält sich bei allen Aktivitäten und Aktionen (partei-)politisch neutral. Trotz ihrer Unterschiedlichkeit verbindet alle Beteiligten eine gemeinsame Zielsetzung.

„Es ist das Ziel dieses überparteilichen Bündnisses, alle demokratisch eingestellten Kräfte zu konzentrieren, die sich nachhaltig gegen soziale Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus engagieren und verhindern wollen, dass sich menschenverachtendes Denken und Handeln in unserer Stadt einschleichen können.“

Dem erfolgreichen Auftakt des Bündnisses waren bereits einige Jahre intensiver Arbeit gegen Rechtsextremismus vorausgegangen. Spätestens im Jahr 2006 war Delmenhorst in den Fokus der rechtsextremen Szene geraten. Damals versuchte der Neonazi Jürgen Rieger ein ortsansässiges Hotel aufzukaufen, um dieses zu einer Schulungsstätte auszubauen. Die Delmenhorster Bürgerinnen und Bürger reagierten mit Protest. Durch eine Demonstration sowie zahlreiche Aktionen machten sie auf ihre Situation aufmerksam und bewirkten, dass durch eine große Spendenaktion 900.000 Euro gesammelt wurden, die den Kauf des Hotels und damit eine Abwehr der rechtsextremen Gefahr ermöglichten. Als ein wesentlicher Koordinator hatte sich der DGB-Arbeitskreis „Forum gegen Rechts“ in die Aktionen eingebracht. Dieser ergriff schließlich auch die Initiative, die Arbeit gegen Rechtsextremismus auf ein breiteres Fundament zu stellen.

„Wir als Arbeitskreis Forum gegen Rechts sind ein so kleiner Haufen. Wir müssen hier ein Bündnis haben. Wir müssen hier die Kräfte in Delmenhorst bündeln, damit wir die Nazis hier aus unserer Stadt abwehren.“

Die Gründung des Bündnisses erfolgte nicht zuletzt auch mit Blick auf die nahende Kommunalwahl im September 2011. Die Beteiligten wollten mit einem gewissen zeitlichen Vorlauf zur Wahl aktiv werden und damit verhindern, dass sich rechtsextreme Akteure oder Akteurinnen in Delmenhorst politisch etablie-

ren. Dieses Ziel konnte erreicht werden. Im Gegensatz zu vielen benachbarten Kommunen kam es in Delmenhorst – entgegen allen Erwartungen – zu keiner Kandidatur der NPD. Auch im Vorfeld der Landtagswahl im Januar 2013 waren wieder zahlreiche Bündnisaktionen und Aktivitäten geplant. Als die NPD auf ihrer „Sommertour“ 2012 in Delmenhorst Station machte, traf sie auf massive Gegenreaktionen der Bürgerinnen und Bürger, die mit einer gut besuchten Demonstration und einer – vom Bündnis initiierten – Menschenkette deutliche Zeichen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit setzten. Dem Bündnis ist es besonders wichtig, die Bevölkerung nachhaltig für das Thema zu sensibilisieren und dafür zu sorgen, dass die Problematik auch in ruhigeren Zeiten nicht aus dem Blickfeld gerät.

„Dagegen wollen wir ja etwas tun. Dass dieser Gedanke des Verschwindens nicht aufkommt. Wir wollen dauerhaft informieren.“

Derzeit verhält sich die rechtsextreme Szene in Delmenhorst mehr oder weniger passiv. Das Bündnis beobachtet diese aber sehr genau, hält einen besonders engen Kontakt zur Polizei und reagiert schnell auf Aktivitäten. Am 17. Juni 2012 erreichte das Bündnis die Nachricht, dass der Jüdische Friedhof in der Nacht zuvor massiv geschändet wurde. Die Akteurinnen und Akteure reagierten spontan und riefen zu einer Mahnwache auf, an der sich viele Bürgerinnen und Bürger beteiligten. Auf einem ebenfalls vom Bündnis organisierten Solidaritätskonzert in einer Delmenhorster Kirche wurden mit großem Erfolg Geldspenden gesammelt und an die Jüdische Gemeinde übergeben, um Hilfestellungen bei der Beseitigung der an den Gräbern angerichteten Schäden zu leisten. Schnelles und solidarisches Handeln gehört zu den wesentlichen Grundsätzen des Bündnisses.

„Wir stehen auf dem Standpunkt, dass alle die sich uns angeschlossen haben, wenn sie irgendwelche Aktionen starten, mit unserer Hilfe rechnen können. Wir unterstützen und wir haben jede Menge an Hilfsmitteln, die wir dann auch zur Verfügung stellen.“

Das Bündnis arbeitet stetig an der Erweiterung seines Tätigkeitsfeldes. Nachdem die Schulen in der Anfangsphase nur wenig erreicht wurden, konnten mittlerweile mehrere Kooperationsprojekte im Bildungsbereich initiiert werden. Auch die zunächst zögerlichen Geschäftsleute sind heute als Partner im Bündnis vertreten. Neben dem stetigen Ausbau des lokalen Netzwerkes sehen die Akteure und Akteurinnen auch die Notwendigkeit weiterer regionaler sowie überregionaler Vernetzungen. Aus Sicht des Bündnisses reichen die bisher bestehenden Angebote zum Austausch nicht aus, um stabile überregionale Netzwerkstrukturen aufbauen zu können.

„Wenn es dazu kommt, dass alle Bündnisse in der ganzen Umgebung sich verbünden, dann ist das eine Abschreckung für die Neonazis. Quasi ein großes Bündnis der Bündnisse.“



Breites Bündnis gegen Rechts –
„Delmenhorst bleibt bunt“

Gegründet: 2010

Kontakt:

Breites Bündnis gegen Rechts
Hartmut Nordbruch
Worpsweder Straße 23
27751 Delmenhorst

Ansprechpartner:
Hartmut Nordbruch / Erich Meenken

Telefon: (04221) 71797
Telefax: (04221) 71797

Internet:
<http://bundesdel.cwsurf.de>

E-Mail:
hartmut.nordbruch@t-online.de





Alle Jahre wieder – Bad Nenndorf

Einmal im Jahr herrscht in der Kurstadt Bad Nenndorf der Ausnahmezustand. Seitdem der kleine Ort im Jahr 2006 zum ersten Mal zur Pilgerstätte der rechtsextremen Szene wurde, ist am ersten Wochenende im August nichts mehr wie es war. Dann findet sich ein großes Aufgebot an Polizei, Presse und Gegendemonstranten ein, um dem sogenannten „Trauermarsch“ zu begegnen. Der scheinbare Anlass für die Neonazi-Veranstaltung liegt bereits mehr als 60 Jahre zurück. Von 1945 bis 1947 wurde das Badehaus „Wincklerbad“ in ein Verhörzentrum des britischen Geheimdienstes umfunktioniert. Wie sich später herausstellte, waren die Inhaftierten im Wincklerbad unzumutbaren Haftbedingungen, Misshandlungen und sogar Folter ausgesetzt. Als diese katastrophalen Umstände durch eine kritische Öffentlichkeit aufgedeckt wurden, befassten sich sowohl das britische Parlament als auch die Medien in Deutschland und Großbritannien mit dem Fall. Das Verhörzentrum wurde daraufhin von der britischen Regierung geschlossen und eine juristische Aufarbeitung der Vorgänge veranlasst. Mit dem sogenannten „Trauermarsch“, der seit dem Jahr 2012 in „Marsch der Ehre“ umbenannt wurde, versuchen die Neonazis den Anschein zu erwecken, der Opfer dieser vermeintlich ungesühnten Verbrechen zu gedenken. **„Die Trauermärschler sind nach Bad Nenndorf gekommen mit dem Ansinnen, dass das nicht in der Öffentlichkeit war und hier etwas verheimlicht wurde bzw. der Wille da war, etwas zu verheimlichen.“**

Es ist offensichtlich, dass der historische Anlass von den Rechtsextremen nur vorgeschoben ist, um das Wincklerbad zu einem zentralen Anlaufpunkt für Neonazis aus ganz Europa zu machen. Die öffentliche Aufdeckung der Vorfälle sowie eine im Verlauf der Bündnisarbeit erfolgte historische Aufarbeitung der Geschehnisse werden von der rechtsextremen Szene weitestgehend ignoriert. Nicht zuletzt die Verhaltensregeln, die diese auf ihren Internetseiten veröffentlicht, machen deutlich, dass es sich um eine konstruierte Trauer handelt, die versucht, das geschehene Unrecht mit den Verbrechen der Nationalsozialisten gleichzusetzen und damit die deutsche Kriegsschuld und den Holocaust zu relativieren. Bereits im Jahr 2006 fanden sich einige Bürgerinnen und Bürger unter dem Titel „Bad Nenndorf ist bunt“ zusammen, um den rechtsextremen Machenschaften die Stirn zu bieten. Mit einem Kulturfest sowie weiteren Aktionen machten sie deutlich, dass der Ort nicht schweigend auf die Vereinnahmung durch die Neomazis reagieren wird. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement

findet zunächst jedoch nicht nur Zustimmung. Ein Teil der Bevölkerung hielt es zunächst für ratsam, den Aktivitäten der Rechtsextremen keine Beachtung zu schenken.

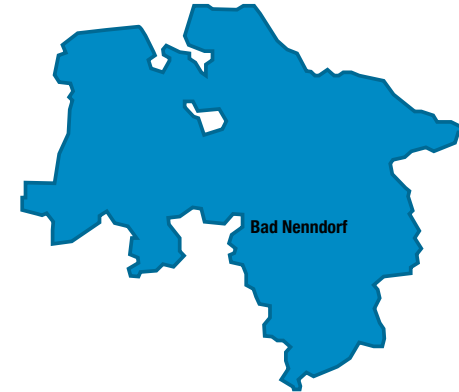
„Wenn wir nichts machen, dann haben wir auch nicht so viele von den Rechten hier. Wenn wir die ignorieren, dann kommen die nicht wieder.“

Heute sehen die meisten von ihnen ein, dass diese Strategie nur wenig zielführend war. Der sogenannte „Trauermarsch“ ist bis zum Jahr 2030 bei der Verwaltung angemeldet. Ein Ende ist bisher nicht absehbar. Mittlerweile haben sich viele Parteien und Ortsverbände sowie auch der Rat der Stadt Bad Nenndorf mit den Zielen von „Bad Nenndorf ist bunt“ solidarisiert, und immer mehr Personen beteiligen sich an den Aktionen des Bündnisses. Dieses weitet sein Handlungsfeld immer stärker aus und konzipiert von Jahr zu Jahr neue, kreative Strategien. Bereits am Vorabend der eigentlichen Veranstaltung wird die Bahnhofstraße in einer gemeinsamen Aktion bunt geschmückt. Im Jahr 2012 sorgte beim sogenannten „Urban Knitting“ Selbstgestricktes dafür, dass die fröhliche Farbigkeit der Aufmarschstrecke zusätzlich verstärkt wurde. Seit 2011 flankieren zudem private Feiern den Weg der Neonazis. Mit den bunten Dekorationen und schrillen Parties macht die Bad Nenndorfer Zivilgesellschaft deutlich, dass sie den Neonazis die geheuchelte Trauerstimmung nicht abnimmt und sich gegen die Besetzung des öffentlichen Raums durch die rechtsextreme Szene erfolgreich zur Wehr setzt. Neben diesen bunten und lautstarken Aktionen gehören auch besinnliche Programmpunkte zum friedlichen Protest. Seit 2009 beginnt Bad Nenndorf den Tag des sogenannten „Trauermarsches“ im Kurpark mit einem großen ökumenischen Gottesdienst der katholischen und evangelischen Kirchen sowie der Jüdischen Gemeinde.

„Das hat sich ganz toll entwickelt. Da waren im letzten Jahr allein über 300 Leute morgens um 9 Uhr bei diesem ökumenischen Gottesdienst und die meisten von denen sind tatsächlich auch von da aus zur Demo rüber gewechselt.“

Obwohl das erste Augustwochenende im besonderen Fokus der Bündnisaktivitäten steht, ist „Bad Nenndorf ist bunt“ das ganze Jahr über aktiv. Vorträge, Informationsveranstaltungen, Kooperationen mit Schulen und das beliebte Kulturfest haben dazu beigetragen, dass Bad Nenndorf seit 2009 den Titel „Ort der Vielfalt“ trägt und das Projekt „Bad Nenndorf ist bunt“ 2011 vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ als vorbildlich eingestuft und mit einem Preis ausgezeichnet wurde. Seit Ende 2011 ist das Bündnis ein eingetragener Verein. Für alle Beteiligten bleibt es das oberste Ziel, den Demonstrationen der Neonazis möglichst bald ein Ende zu setzen. Bereits jetzt steht allerdings fest, dass der Ort durch die Aktionen gewonnen hat.

„Das hört sich ein bisschen komisch an, aber wir müssen den Neonazis tatsächlich dankbar dafür sein, dass sie uns diese Seuche hier an den Hals geschafft haben. Dadurch ist etwas positiv in Bewegung gekommen und es hat sich etwas ereignet, was sich hier vor zehn Jahren garantiert noch keiner hätte vorstellen können – Leute aus so verschiedenen Bereichen und Spektren kommen zusammen und stellen etwas auf die Beine.“



Bad Nenndorf ist bunt – Bündnis gegen Rechtsextremismus (e.V.)

Gegründet: 2006

Kontakt:

Bad Nenndorf ist bunt – Bündnis gegen
Rechtsextremismus (e.V.)
c/o Jürgen Uebel, 1. Vorsitzender
Hauptstraße 6
31542 Bad Nenndorf

Ansprechpartner/-in:

Jürgen Uebel / Birgit Kramp

Telefon: (05723) 3426

Internet:

www.bad-nenndorf-ist-bunt.com

E-Mail:

info@bad-nenndorf-ist-bunt.com



Auf gute Nachbarschaft – Rodenberg



Eigentlich könnte sich die Rodenberger Bevölkerung entspannt zurücklehnen. Es ist nicht ihr Ort, der alljährlich von Rechtsextremen heimgesucht wird, sondern das wenige Kilometer entfernte Bad Nenndorf. Für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt war dies kein Grund, um an dem Thema vorbeizusehen. Nachdem einige von ihnen bereits beim Bürgerbündnis „Bad Nenndorf ist bunt“ mitgearbeitet hatten, ergriffen sie 2009 die Initiative:

„Wir können doch da nicht nur zugucken. Und was machen eigentlich alle anderen hier in Schaumburg? Wir müssen auch irgendetwas auf die Beine stellen.“

Aus diesen Überlegungen heraus entstand ein eigenständiges Bürgerbündnis, das später auf den Namen BüRo (Bündnis Rodenberg für Demokratie – gegen Rechtsextremismus) getauft wurde. Als eine der ersten Aktionen organisierten die Beteiligten einen eigenen kleinen Demonstrationzug am Tag des sogenannten „Trauermarsches“ der rechtsextremen Szene. Seitdem lädt BüRo engagierte Bürgerinnen und Bürger alljährlich dazu ein, in einem „Spaßmarsch“ gemeinsam von Rodenberg aus zum Gottesdienst nach Bad Nenndorf zu gehen, um sich dort der Gegendemonstration anzuschließen. Im Vorfeld des bunten Umzugs finden die beliebten T-Shirt-Mailaktionen statt, bei denen weiße T-Shirts bemalt werden, um mit bunten Motiven ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. Die Idee, diese T-Shirts am Tag der Demo zu tragen, wird von den Beteiligten gerne aufgegriffen und sorgt dafür, dass die Rodenberger

Bürgerinnen und Bürger bereits von Weitem als eine fröhliche Gemeinschaft erkennbar sind.

„Es war damals ja auch dieser Gedanke der Nachbarschaftshilfe – das ist eigentlich der Ursprung. Wir können die da nebenan nicht im Regen stehen lassen. Wir müssen da auch etwas tun.“

Rodenberg macht beispielhaft vor, dass sich Arbeit gegen Rechtsextremismus nicht auf jene Orte beschränken sollte, die durch konkrete Anlässe unter Druck geraten sind. Neben seinem nachbarschaftlichen Engagement ist es BüRo gelungen ein ganz eigenständiges Profil zu erarbeiten. Einen besonderen Schwerpunkt dieser Bündnisarbeit stellt die Aufarbeitung der lokalen NS-Vergangenheit dar. Eine erste Recherche gab Aufschluss über das Schicksal mehrerer Rodenberger Familien, deren Angehörige Opfer nationalsozialistischer Verbrechen geworden waren. Damit begann für das Bündnis eine intensive Auseinandersetzung mit der Historie des Ortes, ohne dabei jedoch die Täterinnen und Täter oder ihre Nachkommen anklagen zu wollen. Das ist nicht der Ansatz. Vielmehr soll durch die geschichtliche Aufarbeitung der Taten deutlich werden, wie hoch der Wert der Demokratie ist und wie wichtig es ist, sich dafür zu engagieren. Informationsveranstaltungen und Vorträge sowie Kooperationen mit Schulen helfen dabei, den Gegenwartsbezug herzustellen. Ein so offener Umgang mit der Vergangenheit des Ortes ruft jedoch auch kritische Stimmen hervor.

„Nach der Gründung des Bündnisses kam recht spontan auch die Äußerung, man soll doch nicht in diesem Topf rühren. Nachher komme noch etwas hoch.“

Das Bündnis hat sich davon nicht abschrecken lassen. Ende 2012 wurde in Rodenberg der erste „Stolperstein“ verlegt. Weitere dieser Gedenktafeln sollen folgen und an das Schicksal der Rodenberger Bürgerinnen und Bürger erinnern, die zu Opfern des NS-Regimes wurden.

BüRo ist ein kleiner Kreis, der aber sehr verlässlich mitarbeitet und durchaus langfristiger plant. Der alljährliche „Spaßmarsch“ von Rodenberg nach Bad Nenndorf ist – ebenso wie der sogenannte „Trauermarsch“ der rechtsextremen Szene in Bad Nenndorf – bis zum Jahr 2030 angemeldet. Allerdings nicht ohne die Hoffnung, dass es soweit gar nicht kommen wird und die Neonazis schon viel früher das Interesse an Bad Nenndorf und seinen solidarischen Nachbarinnen und Nachbarn verlieren werden.



Bündnis Rodenberg für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (kurz: BüRo)

Gegründet: 2009

Kontakt:

BüRo

Uwe Märtens

Haferkamp 10

31552 Rodenberg

Ansprechpartner:

Uwe Märtens

Telefon: (05723) 740080

Internet:

www.buero-rodenberg.de

E-Mail:

U.Maertens@web.de

Gegen die Festung – Bad Lauterberg

Die Todesmärsche

Um ihre Befreiung zu verhindern,
rief die SS die Häftlinge des KZ Mittelbau
im April 1945 in andere Lager.
Tausende starben auf den Todesmärschen.

Am 1. April 1945, am Ende des Zweiten Weltkrieges, wurden die Häftlinge des KZ Mittelbau in andere Lager verlegt. In diesem Lager gelang es, die ersten Todesmärsche zu stoppen. Die Häftlinge konnten so den Weg ins Lager Osterode am Harz finden. Auf dem Weg starben viele Häftlinge an Hunger, Kälte und Erschöpfung.

Am 1. April 1945, am Ende des Zweiten Weltkrieges, wurden die Häftlinge des KZ Mittelbau in andere Lager verlegt. In diesem Lager gelang es, die ersten Todesmärsche zu stoppen. Die Häftlinge konnten so den Weg ins Lager Osterode am Harz finden. Auf dem Weg starben viele Häftlinge an Hunger, Kälte und Erschöpfung.



THE DEATH MARCHES
In April 1945, the SS drove the prisoners from the
to other camps in order to prevent them from being liberated.
Thousands lost their lives on the death marches.

halb der Familien weitergegeben wird. Und wenn dann Leute aus dem rechten Lager aktiv werden, ist der Widerspruch in der Bevölkerung relativ gering.“

Tatsächlich regte sich in Bad Lauterberg nur wenig Widerstand, als die lokale rechtsextreme Szene im Jahr 2005 an Bedeutung gewann. Im Gegensatz zu früheren Jahren waren es nun nicht mehr nur die alten Unbelehrbaren, sondern junge Neonazis, die es zunehmend in die Region zog und die mit Aktionen und politischen Kandidaturen offensiv in Erscheinung traten. Ein Szeneladen wurde eröffnet und auch die „Festung Harz“ wurde abermals als ein loser Zusammenschluss der Rechtsextremen aus Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Thüringen ausgerufen. Die Gefahr wurde jedoch nicht von allen Bürgerinnen und Bürgern ernst genommen. Einige der rechtsextremen Akteure waren im Ort bekannt und stammten aus angesehenen Familien. Da sie zudem darauf bedacht waren, im eigenen Ort ein „Saubermannimage“ zu pflegen, waren Verharmlosungen an der Tagesordnung. Die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner fürchteten zudem einen Imageschaden für den Touristenort.

„Es ist natürlich gut in eine Gegend zu gehen, wo man nicht so viel Widerstand erwartet. In der Großstadt hat man natürlich sofort die Antifa auf den Füßen stehen, aber in einer Kleinstadt geht es darum, unter den Teppich zu kehren.“

Die Harzregion ist ein Schwerpunktgebiet der rechtsextremen Szene. Die Ursprünge für diese Entwicklung reichen weit zurück. In den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges entwickelte sich die Region zu einem wichtigen Standort der Rüstungsindustrie und erlangte dadurch eine zentrale strategische Bedeutung für die Nationalsozialisten. Diese riefen im Jahr 1945 die „Festung Harz“ als ein „Bollwerk“ gegen die Amerikaner und Engländer aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde über diese Vorkommnisse geschwiegen. Ebenso wie über die Zwangsarbeiter, die während der NS-Diktatur in der Region tätig waren. Die nationalsozialistische Ideologie hingegen fand weiterhin ihre Anhänger.

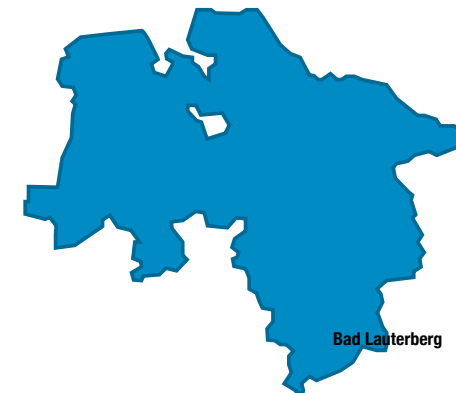
„Es wurde von der Bevölkerung akzeptiert, dass sich Alt-Nazis nach wie vor zu ihrem Stammtisch getroffen haben. Da muss man sich nicht wundern, wenn das Ganze dann inner-

Einige Bürgerinnen und Bürger wollten sich mit dieser Passivität nicht abfinden und organisierten zusammen mit den Gewerkschaften eine Demonstration, die ein deutliches Zeichen gegen die rechtsextremen Aktivitäten vor Ort setzen sollte. Rund 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlossen sich am 27. September 2007 der Veranstaltung an. Etwa zeitgleich wurde der Verein „Bunt statt Braun im Landkreis Osterode am Harz e.V.“ gegründet. Nach einigen erfolgreichen Aktionen kam es jedoch bereits im Januar 2008 zu einer Spaltung des Bündnisses. Die Beteiligten konnten keine Einigung darüber finden, inwieweit eine Zusammenarbeit mit antifaschistischen Gruppierungen für das Bündnis in Frage kommen könne. Im April 2008 wurde mit der „Arbeitsgemeinschaft Weltoffenheit und Demokratie“ (WuD) ein zweites Bürgerbündnis in der Region gegründet. Im Fokus der AG standen die Beobachtung der rechtsextremen Szene und eine entsprechende Aufklärungs- und Pressearbeit sowie das Ziel, Demokratie zu vermitteln und auf die Gefahren für die Demokratie hinzuweisen.

„Wir haben gesagt, dass wir die Mitte der Gesellschaft ansprechen möchten. Denn das ist der Nährboden für Rechtsextremismus. Es müssen nicht die Leute überzeugt werden, die sowieso etwas gegen Neonazis haben.“

Daneben hat sich die AG WuD auch im Bereich der Erinnerungskultur und der politischen Bildung engagiert. Aktionen wie die Besuche des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora sowie eine Publikation über das Thema Zwangsarbeit konnten die Bevölkerung zum Nachdenken anregen. Dennoch sehen einige Bürgerinnen und Bürger das zivilgesellschaftliche Engagement und die Aufarbeitung der lokalen Geschichte nach wie vor kritisch. Die NPD kann vor Ort auf eine gefestigte Stammwählerschaft zurückgreifen. In Bad Lauterberg und im benachbarten Herzberg konnten bei der Kommunalwahl im Jahr 2011 zwei Kandidaten der NPD in die Stadträte einziehen, von denen einer auch im Kreistag vertreten ist. Mit Ausnahme dieser Mandatsträger tritt die rechtsextreme Szene in Bad Lauterberg und Umgebung jedoch derzeit nur wenig in Erscheinung. Ende 2011 gab die AG WuD ihre Auflösung bekannt. Ein Ende des zivilgesellschaftlichen Engagements ist in der Harzregion aber dennoch nicht zu befürchten. Die ehemaligen Akteurinnen und Akteure der AG, das Bündnis „Bunt statt Braun“ sowie weitere engagierte Bürgerinnen und Bürger bleiben nach wie vor wachsam und werden aktiv, sobald rechtsextreme Aktivitäten in der Region zu befürchten sind. Als die NPD Anfang des Jahres 2013 eine Kundgebung in Osterode anmeldete, riefen verschiedene demokratische Kräfte und gesellschaftliche Gruppen unter dem Titel „Initiative für Menschenrechte und Demokratie im Landkreis Osterode/Harz“ ein breites Aktionsbündnis ins Leben und organisierten innerhalb kürzester Zeit eine friedliche Demonstration, der sich viele Bürgerinnen und Bürger anschlossen.

„Die müssen merken, dass wir ihnen auf den Füßen stehen.“



Kontakt:

Fritz Vokuhl

Zechenstraße 47

37431 Bad Lauterberg im Harz

Ansprechpartner:

Fritz Vokuhl

Telefon: (05524) 5162

Telefax: (05524) 5162

E-Mail:

fritz.vokuhl@freenet.de



Wegweiser zu einer erfolgreichen Bündnisarbeit

„Die wollen nicht nur spielen“ – Handlungsansätze erkennen und vermitteln



Die wichtigste Voraussetzung für die Gründung eines Bürgerbündnisses ist die Identifizierung von Handlungsansätzen. Der Aspekt klingt banal, jedoch berichteten viele der Befragten von großen Schwierigkeiten, vor Ort für das Thema zu sensibilisieren und die offiziellen Stellen für die Mitarbeit in einem Bündnis zu gewinnen. In vielen Fällen kommt es zu einer Verharmlosung der Probleme. Gerade in ländlichen Regionen kennen viele Bürgerinnen und Bürger die rechtsextremen Akteurinnen und Akteure sowie ihre Familien persönlich und können sich nicht vorstellen, dass eine tatsächliche Bedrohung von ihnen ausgeht.

„Wenn es da Leute gibt die mitlaufen, die man möglicherweise von

klein auf aus dem Kindergartenalter kennt, denen traut man per se erst mal nicht zu, dass sie das wirklich so furchtbar ernst meinen.“

Rechtsextreme Taten werden in diesem Kontext vorschnell als vorübergehende Jugendsünden abgetan, denen man nicht zu viel Aufmerksamkeit schenken sollte. Wenn die Szene lange genug ignoriert werde – so die Annahme – verliere sie das Interesse an weiteren Aktionen in der Region. Auch dem Bürgerbündnis „Bad Nenndorf ist bunt“ wurde in den ersten Jahren nach der Gründung immer wieder vorgeworfen, dass erst die Gegenaktionen und die öffentliche Aufmerksamkeit dazu geführt hätten, dass der sogenannte „Trauermarsch“ der Neonazis weiteren Zulauf fand. Heute haben die meisten Bewohnerinnen und Bewohner der Samtgemeinde eingesehen, dass sie mit ihrer Einschätzung falsch lagen. Dem Bürgerbündnis ist es mit dem steten Ausbau und der Kreativität seiner Aktionen gelungen, den alljährlichen Demonstrationen der Neonazis etwas Eigenständiges entgegenzusetzen und die Teilnehmerzahlen einzudämmen. Wohin es führen kann, wenn das Problem tatsächlich über Jahre hinweg totgeschwiegen wird, kann das Bündnis derzeit in seiner näheren Umgebung beobachten.

„Da wurde jahrelang versucht, das Thema unter den Teppich zu kehren. Aus möglicherweise nachvollziehbaren Gründen, aber das hat dazu geführt, dass die Szene sich da komplett verfestigen konnte. Und das ist dann wieder schwer loszuwerden.“

Viele Kommunen befürchten, dass eine Thematisierung des Problems dem Ansehen der Region Schaden zufügen könnte. Insbesondere für die Kur- und Touristenorte kann es erhebliche Folgen haben, in den Medien als eine sogenannte „braune Hochburg“ bezeichnet zu werden. Es verwundert also nicht, dass einige Orte erst in dem Moment zu einem offensiven Umgang mit dem Thema bereit sind, in dem die Öffentlichkeit auf das Problem aufmerksam wird und ein Imageschaden unabwendbar erscheint. In den Gesprächen mit den Vertreterinnen und Vertretern von Bündnissen und Kommunen hat sich gezeigt, dass ein frühzeitiger und offener Umgang mit den Problemen sogar zu einem Imagegewinn führen kann.

„Es gab schon Leute, die glaubten, dass es der Stadt Schaden zufügt, wenn man es thematisiert. Ich würde im Nachhinein sagen: es hat uns gestärkt, dass wir es thematisiert haben. Wir sind bekannter, wir sind anerkannter. Es hat das Profil der Stadt als lebendige Demokratie, also engagierte Stadt gestärkt. Es hat uns gut getan und hat uns stark gemacht.“

Nach Einschätzung der Experten ist die Bereitschaft, die Problemstellung zu erkennen und auch darüber zu sprechen, in den letzten Jahren gewachsen. Nach wie vor gibt es jedoch Gruppierungen, die das Problem herunterspielen und abwarten, ob es sich von selber löst. Die Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle beim Landespräventionsrat unterstützt die Akteurinnen und Akteure in dieser frühen Phase des Prozesses, indem sie in politischen Gremien, in der Verwaltung oder in anderen Institutionen über die Szene vor Ort informiert und gegebenenfalls auf Verknüpfungen zu rechtsextremen Vereinigungen in anderen Städten und Gemeinden hinweist. In vielen Fällen konnte so der entscheidende Impuls gegeben werden, das Thema vor Ort ernst zu nehmen.

„Ein wichtiger Punkt war sicherlich auch, dass vom Landespräventionsrat hier ein intensives Gespräch mit den Ratspolitikern geführt wurde, wo eben nochmal deutlich gemacht wurde, was das überhaupt ist – Rechtsradikale. Was machen die, was wollen die?“

Aller Anfang ist schwer – die Gründungsphase

In vielen Fällen geht der Gründung eines Bürgerbündnisses die Arbeit in anderen Gremien voraus. In Arbeitskreisen, Vereinen und an runden Tischen entsteht der Wunsch, das Engagement gegen Rechtsextremismus zu konkretisieren und auf eine breitere Basis zu stellen. Als ein erster Schritt dahin bietet eine Informationsveranstaltung die Möglichkeit, auf Probleme hinzuweisen und über die konkrete Lage vor Ort zu informieren. Wie die Erfahrungen der Bündnisse und der Experten zeigen, erweist es sich als sehr hilfreich, konsensfähige zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure in die Planung der Veranstaltung einzubeziehen und damit das Vertrauen und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Auch die Unterstützung der Stadt und die Einbeziehung regionaler und überregionaler Expertinnen und Experten wirken sich förderlich auf den Erfolg eines Bündnisauftakts aus.

„Wir haben alle Kirchen, Vereine, Institutionen, Kindergärten, Schulen und Ratsmitglieder eingeladen. Bei dieser Infoveranstaltung war es dann so, dass die Landeskoordinierungsstelle erst einmal einen Überblick und Informationen gegeben hat. Wir haben an dem Abend ein altes Tornetz aufgehängt und im Anschluss an diesen Abend sollten sich alle, die in diesem Netzwerk gegen Rechtsextremismus mitarbeiten möchten, auf einer Karteikarte eintragen und die Karteikarten an das Netz hängen. Und wir haben gesagt: Wir wollen ein Bürgerbündnis gründen.“

Mit der gemeinsamen Entscheidung zur Gründung eines Bündnisses ist ein wichtiger Schritt getan. Der Weg ans Ziel erweist sich jedoch in nicht wenigen Fällen als steinig. Die befragten Bündnisse sind ihrem Anspruch nach offene, parteipolitisch unabhängige Zusammenschlüsse aller demokratisch eingestellten Kräfte. Diese Vielfalt ist ein wertvolles und wichtiges Ziel, sie erschwert jedoch gerade in der Anfangsphase die Beschlussfindung der Gruppe. Nicht selten verhindern parteipolitische Eitelkeiten und persönliche Differenzen eine Einigung. Fast alle Bündnisse berichten von Diskussionen über die Frage, welche Ausrichtung das neu zu gründende Bürgerbündnis haben sollte. Gegen wen tritt es an und wer sollte an der Arbeit beteiligt werden? Bereits die Namensfindung kann unter diesen Umständen zu unüberbrückbaren Differenzen führen. Obwohl die Initiativen zur Bündnisgründung in den Regionen aufgrund rechtsextremer Aktivitäten ergriffen wurden, wird die Formulierung „gegen Rechts bzw. gegen Rechtsextremismus“ nicht von allen Beteiligten akzeptiert. Viele der befragten Bündnisse konnten dieses Problem schließlich lösen, indem sie sich in ihrem Namen für Zivilcourage, für Vielfalt oder für Demokratie ausgesprochen haben. Ein Vorgehen, das auch von den befragten Experten empfohlen wird.

„Unser Wunsch ist es immer, dieses Positive in den Vordergrund zu stellen. Das führt im Übrigen auch eher zu einer Konsensbildung, wenn Konkurrenzen da sind. Bei Formulierungen mit einer positiven Grundaussage geht es häufig einfacher, die Menschen zusammenzubringen und zusammenzuhalten.“

Auch im Hinblick auf die Zusammensetzung eines Bündnisses kann eine positive Formulierung ein wichtiges Mittel sein, um eine Einigung aller Beteiligten herbeizuführen. Insbesondere für viele konservativere Institutionen und Personengruppen erweist sich eine Zusammenarbeit mit antifaschistischen Gruppierungen als undenkbar. Die Frage, inwiefern diese an der Arbeit eines Bündnisses beteiligt werden könnten, bindet erhebliche Kapazitäten und führt nicht selten zu einem Bruch der noch jungen Zusammenschlüsse. Durch die gemeinsame Vereinbarung von Leitlinien, die als Hand-

lungsgrundlage für die Bündnisarbeit dienen, kann diesen Konflikten begegnet werden. Wenn sich ein Bündnis zum Beispiel in seinen Leitlinien explizit als gewaltfrei definiert hat, stellen Gewaltausübungen einen Ausschlussgrund dar. Bündnispartner mit anderer Meinung müssen die Mehrheitsmeinung akzeptieren.

„Bei uns konnte jeder kommen. Wer neu zu uns kam, hat unsere Grundsätze in die Hand gedrückt bekommen und hat durch die Unterschrift in der Anwesenheitsliste erklärt, dass er sich damit einverstanden erklärt. Die Grundsätze haben wir formuliert, als wir damals irgendwann erklären mussten, wie wir zu Gewalt stehen. Da haben wir das gemacht und haben das dann auch noch schriftlich festgehalten.“

Neuere Bündnisse konnten von diesen Erfahrungen profitieren. In Schneverdingen wurde bereits die Zeit zwischen dem erfolgreichen Auftakt und der Gründung dazu genutzt, einen Entwurf für ein Leitbild zu entwerfen. Auf der Gründungsveranstaltung wurde dieser von allen Beteiligten diskutiert und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht. Nach Einschätzung der Landeskoordinierungsstelle beim Landespräventionsrat dauert es in vielen Fällen etwa drei bis fünf Monate von der ersten Idee bis zur konkreten Gründungsabsicht. Viele dieser Prozesse wurden von der Koordinierungsstelle intensiv begleitet und resultierten in einer positiven Entschlussfassung. Es gab jedoch auch Fälle, in denen diese Prozesse nicht zu Ende geführt werden konnten, weil es nicht gelungen war, eine Einigung zu finden. Die Profiteure dieses Scheiterns sind schnell identifiziert.

„Für die Rechtsextremen ist es die ideale Situation, wenn sich die sogenannten ‚Gutmenschen‘, die ‚Scheindemokraten‘ zerstreiten.“



Vielfalt der Möglichkeiten – Bündnisarbeit als Teil der Stadtkultur

Wie sieht eine erfolgreiche Bündnisarbeit aus? Die Interviews mit Beteiligten und Experten zeigen, dass es vielfältige Wege und Möglichkeiten gibt, um wirksam für Demokratie, Vielfalt und Zivilcourage und gegen Rechtsextremismus einzutreten. Einigen Bündnissen ist es gelungen, bereits mit der Gründung eine beachtliche Anzahl an Beteiligten für die Mitarbeit zu gewinnen. In anderen Regionen waren mehrere Jahre harter Überzeugungsarbeit notwendig, um endlich größere Teile der Bevölkerung und der Verwaltung für das Thema zu sensibilisieren und zur Beteiligung zu motivieren. Wiederum andere sind ein kleiner Kreis ohne Wunsch nach größerer Expansion.

„Größenordnungen sagen nicht immer etwas über die Aktivitäten und die Qualität der Bündnisarbeit aus. Wir kennen kleine Bündnisse die sehr engagiert sind und viel machen indem sie sich weitere dazu holen. Und es gibt große Bündnisse die nicht viel mehr machen. Der Erfolg hängt nicht von der Größe ab.“

Auch in größeren Bündnissen lastet der Hauptteil der Arbeit zumeist auf den Schultern einiger weniger. Die Hauptarbeit findet in kleineren Kerngruppen statt. Ein Wachstum des Bündnisses bedeutet daher zumeist keine Entlastung des ehrenamtlichen Engagements, sondern sogar eine Erhöhung des organisatorischen Aufwands. Die Bündnisse versuchen diesem Aufwand durch eine bestmögliche Aufgabenteilung zu begegnen. Eine Entlastung findet vor allem dort statt, wo die Stadtverwaltung unterstützend mitwirkt. Idealerweise entwickelt sich das Engagement dabei sowohl von unten nach oben, als auch von oben nach unten.

„In Verden gab es sowohl Bottom-up als auch Top-down. Es war gleich Sache des Bürgermeisters ohne dass es gleich DIE Sache des Bürgermeisters geworden ist. Er hat alle Prozesse befördert und städtische Ressourcen angeboten, ohne es in die eigenen Ressourcen zu ziehen. Das war ein Prozess, der sehr schnell dazu geführt hat, dass da wirklich eine sehr breite, bunte Kultur entstanden ist.“

Auch viele andere Bündnisse berichteten von Unterstützungsleistungen durch die Stadt. In Schneverdingen übernimmt die Stadt sogar einen Großteil der organisatorischen Arbeiten und sorgt damit für eine wertvolle Entlastung des ehrenamtlichen Engagements. Einige Bündnisse mussten hingegen lange auf den Rückhalt durch die Stadt warten. Erst ihr Wachstum und stetiges Engagement konnten die Politik und die Verwaltung vom Wert ihrer Arbeit überzeugen. Heute haben sich viele Bündnisse zu einem festen Bestandteil der zivilgesellschaftlichen Kultur entwickelt. Als Mitglieder der Präventionsräte arbeiten sie auf Augenhöhe mit anderen Akteurinnen und Akteuren. Die Zusammenarbeit schafft Vertrauen und erhöht das gegenseitige Verständnis für die unterschiedlichen Positionen und Rollen.

„Das Schöne ist auch, dass geredet wird. Dass die Polizei in diesem Jahr schon sehr früh mit involviert ist, und sich auch wirklich den Gesprächen mit den Bürgern gestellt hat. Das fand ich sehr klasse, weil dadurch irgendwo ein Lernprozess auf beiden Seiten ermöglicht wird.“

Die meisten der befragten Bündnisse sind als offene Bürgerbündnisse organisiert. Jede demokratisch gesinnte Person soll die Möglichkeit erhalten, zu den Treffen des Bündnisses zu kommen und bei Bedarf auch wieder fernzubleiben. Eine Vereinsgründung kommt für die meisten von ihnen nicht in Frage, weil sie als eine zu starke Formalisierung und als eine Hemmschwelle für interessierte Bürgerinnen und Bürger angesehen wird. Das Bündnis „Bad Nenndorf ist bunt“ gehört zu den wenigen, die sich zu einer Vereinsgründung entschlossen haben. Die Entscheidung fiel Ende 2011 vor allem aus formalen Gründen. Mit dem stetigen Zuwachs an Aufgaben und Aktionen entstand die Notwendigkeit zu einer

eigenständigeren Organisation und zur Einrichtung einer eigenen „Mini-Verwaltung“. Durch die neue Rechtsform ist es dem Bündnis nun möglich, eigene Spendenbescheinigungen auszustellen und weitere Finanzierungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Eine Vereinsgründung bietet sich vor allem dort an, wo das Thema Prävention langfristig bearbeitet werden soll.

„Wenn es nicht dazu dient, die Akteure und die Gutwilligen in ein Korsett zu pressen, macht das Sinn, weil das auch einen Rahmen schafft, um institutionell Präventionsarbeit vor Ort richtig zu befördern. Es ist natürlich immer auch eine Formalisierung.“

Ganz ohne Formalisierungen kommen jedoch auch die offenen Bürgerbündnisse nicht aus. Sie stehen vor dem Problem, die Finanzierung ihrer Aktionen absichern zu müssen und dabei stets auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. Oftmals investieren die Beteiligten nicht nur erhebliche personelle, sondern auch finanzielle Ressourcen in die Aktivitäten der Bündnisse. So entsteht auch der Wunsch nach vielfältigeren und vor allem unbürokratischeren Finanzierungsmöglichkeiten.

„Bürokratie ist notwendig, um Mittelzweckentfremdung zu verhindern. Sie darf aber nicht dazu führen, dass man einen zehnteiligen Antrag stellen muss um 500 € zu beantragen. Das funktioniert einfach nicht. Von daher wäre es besser, wenn viele Sachen vereinfacht werden würden.“



„Wir müssen das Rad nicht neu erfinden“ – lokale und überregionale Netzwerkstrukturen

Funktionierende Bürgerbündnisse sind Kommunikationsnetzwerke. Bürgerinnen und Bürger finden sich zusammen, um über Problemlagen zu diskutieren und Handlungsansätze zu entwickeln. Die gemeinsam definierten Ziele und Handlungsgrundsätze lassen vielerorts Interessenkonflikte und parteipolitische Differenzen in den Hintergrund treten und ermöglichen Formen multiprofessioneller Auseinandersetzungen, die in anderen Kontexten in dieser Art nicht möglich wären. Bei allen befragten Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerbündnisse besteht der Wunsch, diese Netzwerke über die kommunalen Grenzen hinaus zu erweitern. Dort wo bereits Kontakte zu anderen Regionen bestehen, konnten die Bündnisse wertvolle Erfahrungen austauschen und erfolgreiche Modelle voneinander übernehmen. Gute Ideen konnten auf diesem Weg weitergetragen werden.

„Keiner von uns braucht das Rad neu erfinden. Wir haben die Erstwählerkarte nicht selber erfunden und wir haben auch unser Plakat nicht selber erfunden. Das sind Ideen, die wir aus anderen Bündnissen übernommen haben und die sehr gut laufen.“

Doch Vernetzung erfordert Zeit. Das ehrenamtliche Engagement der Bündnisse ist bereits durch die Arbeit vor Ort und die lokale Vernetzung mehr als ausgelastet. Selbst dort, wo bereits Kontakte aufgebaut werden konnten, lassen sich diese in vielen Fällen nicht langfristig aufrechterhalten. An diesem Punkt sind Fachleute gefragt, die Kontakte nicht nur gezielt vermitteln, sondern auch die Organisation überregionaler Netzwerke aktiv unterstützen. Hierbei können zum Beispiel die kommunalen Präventionsräte eine wichtige Rolle spielen, die entweder direkt oder über den Landespräventionsrat Niedersachsen angesprochen und somit in die Arbeit einbezogen werden können (für Niedersachsen existiert eine interaktive Präventionslandkarte mit entsprechenden Kontaktinformationen unter www.lpr.niedersachsen.de/Karte). Die Landeskoordinierungsstelle beim Landespräventionsrat organisiert außerdem regelmäßige Vernetzungstreffen, empfiehlt Informationsmaterial und vermittelt Expertinnen und Experten, die ihr Wissen in Veranstaltungen weitergeben und über aktuelle Entwicklungen der regionalen und auch überregionalen rechtsextremen Szene informieren. Der Blick über die Grenzen der Kommune und des Landkreises hinaus ist dringend notwendig. Die rechtsextreme Szene ist sehr mobil und agiert bundesweit. Deshalb darf auch die Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus nicht an lokalen Grenzen enden. Da es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, sollte sie von allen gemeinsam bearbeitet werden.

„Guckt nicht nur auf Euren Landkreis. Klar, das ist die politische Grundordnung, aber an diese politische Grundordnung hält sich der Rechtsextremismus nicht. Je mehr man über den Zaun guckt, desto besser ist es. Was läuft bei den Nachbarn? Kann ich da helfen? Kann ich dabei sein? Haben wir vielleicht etwas, was der Nachbar nicht hat?“

Durch den Aufbau von Netzwerkstrukturen und den Austausch von Informationen können die Entwicklungen der rechtsextremen Szene genau beobachtet und den betroffenen Regionen schnell geholfen werden. Es wäre kontraproduktiv, wenn jede Kommune dieselben negativen Erfahrungen auf ein Neues sammeln müsste. Bereits in ihrer Gründungsphase können Bürgerbündnisse ganz erheblich von den Erfahrungen anderer Akteurinnen und Akteure profitieren. Manchmal hilft bereits das Wissen darüber, dass man mit den Problemen nicht alleine dasteht und auch andere Kommunen mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Der Aufbau überregionaler Netzwerke ist jedoch nur dort möglich, wo sich Regionen mit Solidarität begegnen und Rivalitäten überwunden werden.

„Solche Konkurrenzen auf unserem Themenfeld helfen meistens nur den Vertretern der extremen Rechten, aber selten den demokratischen Kräften, und führen auch nicht zu entsprechenden guten zivilgesellschaftlichen, friedlich orientierten Aktionen.“

Solidarität und Unterstützung sind wichtig, die Hilfe von außen darf jedoch nicht als eine Bevormundung empfunden werden. Jede Region sollte die Möglichkeit haben, einen eigenen Weg und eigene Handlungsansätze zu finden. Vor allem antifaschistische Gruppierungen wählen in der Regel andere Wege als die Bündnisse vor Ort. Zwar begegnen sich die Vertreterinnen und Vertreter beider Gruppen zumeist mit gegenseitiger Wertschätzung und Respekt, eine Zusammenarbeit ist mit den gewaltfreien Grundsätzen der meisten Bürgerbündnisse jedoch nicht vereinbar. Vielerorts hat sich eine Koexistenz beider Gruppen entwickelt. Problematisch wird es dort, wo Gruppierungen von außerhalb die Arbeit der lokalen Bündnisse dominieren möchten.

„Ist ja nett wenn ihr uns unterstützt, aber es ist unser Ort, unsere Stadt, unser Gebiet und die Spielregeln bestimmen wir. Die bestimmt nicht ihr von außen.“



Wölfe in Schafspelzen – Veränderungen und neue Herausforderungen



Die Bürgerbündnisse haben seit ihrer Gründung viel erreicht. Anfängliche Widerstände konnten aufgebrochen und stabile Kooperationen aufgebaut werden. Auch dort, wo zu Beginn noch mühsame Überzeugungsarbeit notwendig war, sind mittlerweile viele Wege geebnet worden. Während in den Anfangsjahren oftmals lange mit Gewerbetreibenden über die Anbringung von Plakaten in den Schaufenstern diskutiert werden musste, ist heute vielerorts eine große Unterstützung spürbar. Anerkennung von außen und offizielle Auszeichnungen haben einen wichtigen Beitrag zu diesen Veränderungen geleistet.

„Das war ein spürbarer Umschwung, der da Anfang des Jahres 2009 stattgefunden hat. Unter anderem auch dadurch, dass wir da ‚Ort der Vielfalt‘ geworden sind.“

Die Arbeit der Bündnisse zeigt Erfolge. Durch Aufklärungsarbeit und vielfältige Aktionen konnten die Handlungsfelder rechtsextremer Gruppierungen erheblich begrenzt werden. Sobald diese öffentlich agieren, müssen sie sofort mit spontanen Gegenreaktionen rechnen. Der fehlende Raum für Selbstinszenierungen hat an vielen Orten dazu geführt, dass die rechtsextreme Szene öffentlich kaum noch in Erscheinung tritt. Die Bündnisarbeit steht damit vor neuen Herausforderungen. Dort, wo die Sichtbarkeit des Problems nachlässt, schwindet auch die öffentliche Wahrnehmung der Gefahr und damit oftmals die Motivation, aktiv im Bündnis mitzuarbeiten. Aus Sicht der befragten Experten spricht nichts dagegen, die Arbeit in solchen Phasen ruhen zu lassen. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass das Thema vor Ort nicht in Vergessenheit gerät.

„Vorübergehende Ruhestellungen können problematisch werden. Wenn zu lange Ruhe einkehrt, entsteht in der Bevölkerung der Eindruck, dass vor Ort alles in Ordnung ist und man sich keine Gedanken machen muss.“

In Verden besteht diese Gefahr nicht. Auch während der aktuellen Ruhephase bleiben die Akteurinnen und Akteure wachsam, und das ruhende Bürgerbündnis kann schnell reaktiviert werden. Zudem haben sich durch das jahrelange Engagement neue Strukturen entwickelt, in deren Rahmen die Arbeit für Demokratie und Vielfalt und gegen Rechtsextremismus erfolgreich fortgeführt werden kann. Die aufmerksame Beobachtung aktueller Entwicklungen ist dabei von besonderer Wichtigkeit. Die Aktivitäten der rechtsextremen Szene haben sich verändert. Statt eindeutiger Symbole und aggressivem Auftreten

finden gegenwärtig zahlreiche Aktionen unter einem eher bürgerlichen Deckmantel statt. In der Rolle der braven „Kümmerer“ versuchen sich die Rechtsextremen unbemerkt in Vereine und öffentliche Aktionen einzubringen. An ihrer antidemokratischen und menschenfeindlichen Haltung hat sich indes nichts geändert.

„Er macht halt den Biedermann. Er hat logischerweise auch Thor Steinar-Klamotten, aber diese Kleidung wird hier in der Stadt nicht getragen. Sondern überwiegend das Sakko, die vernünftige Stoffhose dazu. Er versucht ein Bild des Gutbürgerlichen rüberzubringen und ist unserer Überzeugung nach eben der Wolf im Schafspelz.“

Das Schneverdinger Bündnis „bunt statt braun“ versucht mit einer Neuorientierung der Bündnisarbeit auf die neuen Probleme zu reagieren. Die Aktivitäten des Bündnisses hatten schnell Erfolge gezeigt. Heute agieren die Neonazis nur noch selten in der Öffentlichkeit. Das Bürgerbündnis weiß aber, dass die Gefahr damit keineswegs gebannt ist. Die rechtsextreme Szene ist vor Ort immer noch sehr stark vertreten, und bei der Kommunalwahl 2011 wurde ein Mitglied der NPD in den Rat der Stadt gewählt. In Schneverdingen besteht nach wie vor Handlungsbedarf, aber die fehlende Sichtbarkeit der Neonazis macht es dem Bündnis schwer „den Motor am Laufen zu halten“.

„Da ist nicht die martialische, aktionistische Straßenkämpfertruppe unterwegs, sondern der gute Nachbar von nebenan. Das wird mehr werden. Das sind ganz andere Herausforderungslagen als eine rechte Jugendclique, die öffentlich auftritt und auffällt. Da sind sich alle schnell einig.“

Dort, wo die Akteure und Akteurinnen der rechtsextremen Szene neue Wege wählen und stärker im Hintergrund arbeiten, müssen auch die Bürgerbündnisse neue Herangehensweisen finden und die Arbeit verstärkt in den präventiven Bereich verlagern. Ein Prozess, bei dem die Landeskoordinierungsstelle beim Landespräventionsrat den Bündnissen beratend zur Seite steht. Aufklärungsarbeit ist in diesen Situationen besonders wichtig. Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen müssen über die neuen Methoden der Neonazis informiert werden, um Zeichen wahrzunehmen und sich gegen eine ungewollte Einflussnahme zur Wehr setzen zu können. Dort, wo sich Demokratie- und Menschenfeindlichkeit hinter braver Bürgerlichkeit zu tarnen versucht, gewinnen überregionale Netzwerke nochmals an Bedeutung. Mit Hilfe von Informationen über das Verhalten und das aggressive Auftreten an anderen Orten und bestehende Verbindungen zu gewaltbereiten Kameradschaften kann das brave Image wirksam enttarnt werden.

„Es ist wichtig, nicht nur die Stadt oder den Landkreis zu sehen, sondern auch die überregionalen Aktivitäten der örtlichen Rechtsextremen zu beobachten und dann zum richtigen Zeitpunkt zu sagen: So und so ist die Sache gelaufen. Spielt hier mal nicht die Biedermänner, sondern steht mal zu dem was ihr wirklich verzapft.“

Medien als Partner – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kooperationen mit der Presse sind für die Arbeit der Bürgerbündnisse von großer Bedeutung. Berichterstattungen und Ankündigungen in lokalen und auch überregionalen Medien stellen die Aktionen der Bündnisse einer breiten Öffentlichkeit vor und werben für ihr Anliegen. Alle Befragten berichten von einer sehr guten und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern der Presse. In einigen Fällen hatte es allerdings eine gewisse Zeit gedauert, bis die Lokalpresse als Unterstützer hinter den Bündnissen stand. Diese Anlaufschwierigkeiten konnten mittlerweile beseitigt werden.

„Die Medienkooperation funktioniert hier, das kann man nicht anders sagen. Auch wenn wir jetzt Anzeigen schalten oder sowas, gibt es auch schon mal einen Sonderpreis, weil die natürlich wissen, dass wir das ja nicht gewerblich machen. Das ist sozusagen eine gemeinnützige Veranstaltung, und da wird das dann schon mal ein bisschen anders behandelt. Es gibt eben auch eine Medienpartnerschaft.“

Wie der Begriff „Medienpartnerschaft“ bereits andeutet, ist die Unterstützungsleistung keineswegs nur einseitig. Die Bürgerbündnisse haben sich durch ihre Expertise im Bereich Rechtsextremismus und Demokratieförderung zu wichtigen Ansprechpartnern der lokalen Presse entwickelt. Sie versorgen die Medien mit aktuellen Informationen zur Lage vor Ort und stellen ihr Fachwissen zur Verfügung. Viele Redakteurinnen und Redakteure begleiten die Aktionen der Bündnisse mittlerweile schon seit Jahren sehr kompetent und mit einem oftmals sehr großen persönlichen Interesse und Engagement. Neben der Unterstützung durch die lokalen Medien wurde von vielen Befragten auch die große Bedeutung der überregionalen Presse hervorgehoben. Insbesondere die Journalistinnen und Journalisten des Norddeutschen Rundfunks haben den Bündnissen nicht nur durch qualitativ hochwertige Berichterstattungen, sondern auch als Expertinnen und Experten im Bereich Rechtsextremismus wichtige Hilfestellungen gegeben.

„Der NDR ist eigentlich auch oft da. Der unterstützt uns da auch durchaus mit viel Interesse und mit viel gutem Know-how.“

Tageszeitungen erfüllen – ebenso wie Radio und Fernsehen – wichtige Multiplikatorfunktionen. Eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit sollte sich jedoch nicht allein auf eine reine Pressearbeit beschränken. Die Bündnisse nutzen eine Vielzahl an Medien, um ihre Arbeit bekannt zu machen, auf Gefahren hinzuweisen und für Demokratie, Vielfalt und Zivilcourage zu werben. Mit



Broschüren, Postkarten, Plakaten, Aufklebern und Publikationen gelingt es ihnen, wichtige Informationen in ästhetisch ansprechender Form an interessierte Bürgerinnen und Bürger weiterzugeben. Kreative Ideen wie Mal- und Logowettbewerbe können dabei helfen, auch ohne größere finanzielle Budgets sehr gute Ergebnisse zu erzielen. Viele Bündnisse nutzen außerdem bestehende Netzwerkstrukturen, um gute Ideen und Materialien auszutauschen und damit personelle und auch finanzielle Ressourcen zu schonen. Auch die sehr erfolgreiche Plakataktion in Schneverdingen, bei der Vereine und Institutionen auf Plakaten ihr Gesicht zeigen und erklären, warum sie „bunt statt braun“ sind, wurde von einem Bürgerbündnis aus den neuen Bundesländern übernommen. In Bad Lauterberg halfen die guten Verbindungen nach Bremen weiter.

„Die Gestaltung der Karten erfolgte im Rahmen eines Wettbewerbs des Lidice Hauses bei Jugendlichen. Wenn die schon so tolle Arbeit gemacht haben... Wir haben gesagt, dass wir das Rad nicht neu erfinden müssen und haben dann mit der Institution abgesprochen, dass wir das Ganze bei uns verwenden und einsetzen durften.“

Durch die Erarbeitung von Logos und eigenen Erscheinungsbildern können Bündnisse einen Wiedererkennungswert und eine optische Präsenz schaffen. In Schneverdingen wurden mit bedruckten T-Shirts, Aufklebern, Tassen und Baumwollbeuteln eine ganze Reihe an Artikeln produziert, mit denen die Bürgerinnen und Bürger die Aussage „bunt statt braun“ nach außen tragen können. Auch in Bad Nenndorf wird mittlerweile ein eigenes Design mit wiedererkennbarer Farbgebung verwendet, das am Tag des sogenannten „Trauermarsches“ der rechtsextremen Szene überall in der Stadt zu sehen ist.

„Wir haben Fahnen gemacht und alles mögliche, um auch tatsächlich eine optische Überlegenheit zu schaffen und denen deutlich zu zeigen: Hier weht ein anderer Wind.“

Diese Formen der Professionalisierung sind vorbildlich und wirkungsvoll, sie sind aber keine zwingend notwendige Voraussetzung für gelingende Bündnisarbeit. Unverzichtbar ist hingegen die Nutzung neuer Medien. Das Internet ist für viele Bündnisse zum wichtigsten Kommunikationsmedium geworden. Es dient zur Vernetzung der Beteiligten und erleichtert die Kontakte zu Expertinnen und Experten und zu anderen Bürgerbündnissen. Eigene Websites müssen nicht hochprofessionell gestaltet sein, sollten aber gut gepflegt und regelmäßig aktualisiert werden. Auch die Nutzung sozialer Netzwerke kann sich bewähren und sogar Arbeiten erleichtern. Durch das Teilen von Inhalten können Informationen und Zeitungsmeldungen einfach und schnell verbreitet werden. Bei der Veröffentlichung von Inhalten im Internet sollten jedoch bestimmte Regeln beachtet werden, um missbräuchlichen Verwendungen vorzubeugen. Seitdem die Neonazis Bilder von der Bündnisseite kopiert und auf den eigenen Internetseiten verwendet hatten, veröffentlicht eines der befragten Bürgerbündnisse alle Fotos aus Sicherheitsgründen nur mit verkleinerter Dateigröße und einem eigenem Wasserzeichen.

„Die können nichts mehr damit anfangen, denn wenn sie die Bilder herunter kopieren und dann wieder vergrößern, ist das Ding verpixelt.“

Früh übt sich – Einbindung junger Menschen

Bei der Frage nach Hindernissen in der Bündnisarbeit nennen fast alle Akteurinnen und Akteure das Problem, dass sich nur wenige junge Menschen langfristig an der Arbeit des Bündnisses beteiligen. Die Befragten bedauern das, weil die Mitarbeit Jugendlicher und junger Erwachsener als bereichernd und als ein wichtiger Aspekt lebendiger Bündnisarbeit gesehen wird.

„Mittlerweile werden wir natürlich alle immer älter und da wird sicher irgendwann das Nachwuchsproblem stehen. Das ist wirklich so. Auch sonst hat es immer dann, wenn Jugendliche mitaktiv waren, für sehr kreative Unruhe gesorgt. Das wäre also auf jeden Fall sinnvoll.“

Es hat in allen Bündnissen Beteiligungen von jungen Menschen gegeben. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind im Alltag der Jugendlichen und jungen Erwachsenen präsent und viele von ihnen stehen diesen Themen alles andere als gleichgültig gegenüber. Dennoch war das Bündnisengagement junger Menschen nur sehr selten von längerer Dauer. Aus Sicht der Bündnisse gibt es dafür zwei wesentliche Gründe. Zum einen verlassen viele Jugendliche nach ihrem Schulabschluss den ländlichen Raum und damit die Bündnisarbeit, um in größeren Städten ein Studium oder eine Ausbildung zu beginnen. Als zweiter Grund werden die spezifischen Strukturen und Arbeitsweisen von Bürgerbündnissen genannt. Die meisten Bündnisse treffen sich in regelmäßigen Abständen, diskutieren, entscheiden demokratisch und planen ihre Aktionen eher langfristig. Viele junge Menschen reagieren mit Unverständnis und vor allem mit Ungeduld auf diese Prozesse.

„Das dauert denen einfach zu lange. So ein Bürgerfest planen wir ein Jahr. Das ist für einen Jugendlichen eine Ewigkeit. Wenn die eine Fete planen, machen die das in drei Wochen. Aber das sind halt andere Sachen und andere Maßstäbe.“

Die Einbindung von Jugendlichen gelingt vor allem dort, wo Bündnisarbeit eher anlassbezogen ausgerichtet ist und dadurch einen größeren „Eventcharakter“ besitzt. In Bad Nenndorf beteiligen sich zahlreiche Jugendliche und junge Erwachsene an den Aktionen des Bündnisses zur Vorbereitung des bunten Protests gegen den sogenannten „Trauermarsch“ der rechtsextremen Szene. Auch die anderen Bündnisse beobachten eine temporäre Mitarbeit von jungen Menschen vor allem bei Aktivitäten, die ein gewisses Maß an „Erlebniskultur“ und „Action“ bieten. Die Vertreterinnen und Vertreter der Bündnisse haben Verständnis für diese Ungeduld und den Wunsch nach schnellem Handeln. In den Interviews wird deutlich, dass viele von ihnen in

ihrer eigenen Jugend nicht anders gehandelt hätten. Sie betonen jedoch, dass die Arbeitsweise eines Bürgerbündnisses nur auf anderen Wegen und mit anderen Mitteln funktionieren kann. Einen wichtigen Aspekt stellt dabei vor allem die Gewaltfreiheit dar. Dieser zentrale Handlungsgrundsatz der Bündnisse lässt sich mit dem Wunsch vieler Jugendlicher nach schnellem und effektivem Handeln nicht immer vereinbaren.

„Die wollten es sich eigentlich nicht nehmen lassen und haben dann so argumentiert, dass sie sich den Rechten entgegenstellen möchten wenn diese hier dann aufmarschieren sollten: ‚Und wenn mir einer etwas tut, darf ich dann nicht zurückschlagen?‘ Dann haben wir gesagt, dass wir das von uns aus nicht wollen und auch keine Gewalt provozieren, sondern mit anderen Mitteln vorgehen wollen.“

Die unterschiedlichen Vorstellungen und Arbeitsweisen erschweren oftmals eine kontinuierliche Einbindung junger Menschen in die aktive Bündnisarbeit. Für die Bündnisse ist es daher sehr wichtig, mit Organisationen und Multiplikatoren und Multiplikatorinnen aus den Bereichen Bildung und Jugendarbeit zu kooperieren. Mit ihrer Hilfe kann es den Bündnissen gelingen, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erreichen und eine Beschäftigung mit den Themen Demokratie, Vielfalt und Zivilcourage anzuregen. Die befragten Bündnisse engagieren sich sehr aktiv in den Bereichen Aufklärung und politische Bildung. Projekte wie zum Beispiel die sogenannte „Erstwählerkarte“ in Verden und Schneverdingen, durch die junge Wählerinnen und Wähler informiert und zur Wahlbeteiligung aufgerufen werden, sensibilisieren für politische Themen. Die frühe Vermittlung demokratischer Werte steht im Fokus aller befragten Bündnisse. Gemeinsam mit den Schulen und der Jugendarbeit vor Ort werden zahlreiche Aktionen, Projekte und Informationsveranstaltungen durchgeführt.

„Für mich ist es wichtig, noch mehr in den Schulen zu machen. Noch mehr Präventionsarbeit bei den Kids anzufangen. Da können wir wirklich noch etwas bewirken.“

Jugendliche und junge Erwachsene sind bevorzugte Zielgruppen der rechtsextremen Szene. Um sie zu werben, inszenieren die Neonazis eine „Erlebniskultur“, die den jugendlichen Bedürfnissen nach „Action“ und intensiven Gruppenerlebnissen entspricht. Dort wo Schulen und Jugendarbeit keine ansprechenden Angebote bereitstellen können, wird ein gefährliches Vakuum geschaffen, das von der rechtsextremen Szene gefüllt und für politische Zwecke missbraucht werden kann.

„Da müsste eigentlich wirklich viel, viel mehr passieren. Und das werden wir aber nicht ohne Parteien hinbekommen. Und die Rechten gehen genau in die Lücke rein und machen ihre Jugendarbeit.“



Zeigt Euch! Oder auch nicht – Ängste und Gefahren

Bürgerbündnisse setzen sich öffentlich für Demokratie, Vielfalt und Zivilcourage und gegen Rechtsextremismus ein. Sie zeigen Gesicht. Nicht selten lässt die Sorge vor Angriffen oder Anfeindungen Bürgerinnen und Bürger vor einer Mitarbeit in den Bürgerbündnissen zurückschrecken. Die Bündnisse wissen, dass Verharmlosungen und falsche Versprechen dieses Problem nicht lösen können.

„Ich kann den Leuten dann auch nicht sagen: ‚Du brauchst Dir keine Sorgen machen. Ist alles okay, das passiert hier nicht‘. Das kann kein Mensch.“

Nur wenige Wochen nach dem Interviewtermin zerschlug ein schwerer Stein die Scheibe des Schlafzimmerfensters einer Befragten. Es ist allein einem glücklichen Zufall zu verdanken, dass die Betroffene bei dem Anschlag unverletzt blieb. Angriffe dieser Art stellen seltene Ausnahmen dar, auszuschließen sind sie jedoch nicht. Fast alle Interviewpartnerinnen und Interviewpartner berichten von Einschüchterungsversuchen und Anfeindungen. Manche sind subtiler Art, wie etwa die demonstrative Anbringung von Wahlplakaten der NPD unmittelbar vor der Haustür oder die bevorzugte Verteilung von politischen Broschüren in Haushalten der Bündnismitglieder. Andere Aktionen fallen sehr viel zielgerichteter und aggressiver aus. Insbesondere das Internet dient der rechtsextremen Szene als ein geeignetes Medium für persönliche Drohgebärden und Diffamierungsversuche.

„Ich gucke mir die Internetseiten nicht mehr an. Ich habe das anfänglich getan, aber ich gucke mir die nicht mehr in aller Regelmäßigkeit an. Ich weiß aber, dass dort immer wieder über uns geschrieben wird.“

Die Bündnismitglieder versuchen, sich von den Anfeindungen der Rechtsextremen nicht einschüchtern zu lassen. Dennoch ergreifen einige von ihnen Vorsichtsmaßnahmen, um sich und ihre Familie vor möglichen Gefährdungen zu schützen. Die Gewissheit, auf die schnelle Hilfe der Polizei zählen zu können, stellt dabei eine große Erleichterung dar. Viele Bündnisse sind mittlerweile dazu übergegangen, bei Veranstaltungen von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Mitglieder der rechtsextremen Szene durch eine Ausschlussklausel von vornherein von Veranstaltungen auszuschließen. Auf diesem Weg schützen sie nicht nur sich, sondern auch die Besucherinnen und Besucher ihrer Veranstaltungen vor Belästigungen und Übergriffen. Ein Vorgehen, mit dem sich auch viele Vereine und andere Organisationen erfolgreich gegen eine Vereinnahmung durch die rechtsextreme Szene wehren. Gefahren ergeben sich vor allem dort, wo Öffentlichkeit hergestellt wird.

„In Bündnissen leben immer diejenigen Akteure in einer Gefahrensituation beziehungsweise in einer Gefährdung, die sich nach außen zu Wort melden. Das sind nicht die, die intern mitarbeiten, denn die internen Mitarbeiter sind ja für die Neonazis wenig interessant. Interessant sind immer die, die auch öffentlich gegen sie Stellung beziehen.“

Die Vertreterinnen und Vertreter der Bündnisse kennen diese Gefahren und lassen sich darauf ein. Sie zeigen zugleich Verständnis dafür, dass dieses Vorgehen nicht für jeden in Frage kommt. Ängste werden akzeptiert und ernstgenommen. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Aktionen des Bündnisses „Bad Nenndorf ist bunt“. Das Bündnis hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an kreativen und niedrigschwelligen Angeboten entwickelt, um weitere Bevölkerungsgruppen in die Bündnisarbeit einzubeziehen. So haben interessierte Bürgerinnen und Bürger 2012 durch ihre Handarbeiten im Rahmen des „Urban Knitting“ einen persönlichen und gänzlich ungefährlichen Beitrag dazu geleistet, der aufgesetzten Trauerstimmung der rechten Szene ein fröhliches und farbenfrohes Erscheinungsbild der Kurstadt entgegenzusetzen. Die Idee, neue Formen der Beteiligung zu entwickeln, entstand durch Gespräche

mit den Bürgerinnen und Bürgern.

„Da ist auch ein bisschen die Idee entstanden, das auch ein bisschen zu öffnen für die Menschen, die sich vielleicht nicht wirklich trauen oder die auch gar nicht an den Demonstrationen teilnehmen können.“

Auch eine Vereinsgründung kann neue Möglichkeiten zur Mitwirkung eröffnen. Bürgerinnen und Bürger können das Bündnis durch ihre Mitgliedschaft im Verein unterstützen, ohne aktiv in die Arbeit eingebunden zu sein und öffentlich in Erscheinung zu treten.

Drohgebärden sind belastend. Sie sind aber auch deutliches Zeichen dafür, dass die Arbeit der Bündnisse wirkt. Der Einsatz für Demokratie, Vielfalt und Zivilcourage wird von der rechtsextremen Szene als Störfaktor wahrgenommen und kann von dieser nicht ohne weiteres ignoriert werden. Erschreckender als die zu erwartenden Anfeindungen durch Neonazis ist für viele das Verhalten ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Einige der Befragten berichten von ablehnenden Reaktionen in der Stadt und im persönlichen Umfeld, die deutlich zeigen, dass zivilgesellschaftliches Engagement nicht immer positiv aufgenommen wird und demokratische Werte keineswegs in allen Kreisen der sogenannten „bürgerlichen Mitte“ verankert sind.

„Klar, damit muss man sich auseinandersetzen. Man ist dann der Querulant und das merkt man auf verschiedenen Ebenen. Das habe ich zuletzt auch in meinem Geschäft gemerkt. Bestimmte Leute sind da weggeblieben. Das war einfach so.“



Perlen für die Stadtkultur – Demokratisierung und Prävention



Im Expertengespräch wird erfolgreiche Bündnisarbeit als „eine Perle“ für die Kultur einer Gemeinde bezeichnet. Bürgerbündnisse bereichern die Regionen und tragen durch ihr zivilgesellschaftliches Engagement zu einer Demokratisierung der Stadtkultur bei. Für die Bürgerinnen und Bürger eröffnen sich mit der Bündnisarbeit neue Möglichkeiten der Beteiligung und Formen des friedlichen Protests, mit denen sich auch konservativere Zielgruppen identifizieren können.

„Viele haben hier die erste Demo in ihrem Leben mitgemacht.“

Die Bürgerbündnisse versuchen sich in ihrer Arbeit nicht auf die einfache Parole „Nazis raus“ zu beschränken. Natürlich besteht der Wunsch, die rechtsextreme Szene zu einem Wegzug aus der eigenen Region zu bewegen. Die Akteurinnen und Akteure wissen jedoch, dass die Probleme damit nicht gelöst, sondern nur in eine andere Region verlagert werden. Eine wirksame Arbeit für Demokratie, Vielfalt und Zivilcourage und gegen Rechtsextremismus muss an der Einstellungsebene ansetzen und neben Rechtsextremismus auch Phänomene wie Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus in den Blick nehmen. Die Bürgerbündnisse versuchen durch Aufklärungsarbeit und politische Bildung ein Bewusstsein für demokratische Grundwerte zu schaffen und einen Zulauf zu rechtsextremen Gruppierungen zu verhindern. Neben diesen präventiven Ansätzen wird auch das Ziel genannt, Mitglieder der rechtsextremen Szene zu einem Ausstieg zu motivieren und sie bei ihrem Weg zurück in die Gesellschaft zu unterstützen.

„Dann ist es auch eine Aufgabe der Gesellschaft, zu vergeben und den Menschen auch wieder eine Chance zu geben. Denn wenn wir das nicht tun, wenn wir ihnen keine Chance zu einer Rückkehr in die Gesellschaft geben, dann würden wir die rechte Szene eher stärken als sie zu schwächen.“

Das Phänomen Rechtsextremismus und seine Entstehung wird von den Bündnissen nicht isoliert betrachtet. Die Akteurinnen und Akteure interessieren sich für die gesellschaftlichen Kontexte, die Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit begünstigen. Sie machen sich Gedanken über die soziale Benachteiligung und Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen und über zu geringe Möglichkeiten der Teilhabe und Anerkennung in Beruf und Alltag. Es geht ihnen nicht darum zu verurteilen, sondern zu verstehen. Erinnerungsarbeit und die Beschäftigung mit der lokalen Historie sind auch deshalb wichtige Schwerpunkte der Bündnisarbeit, weil durch sie gesellschaftliche Wirkmechanismen und Zusammenhänge aufgezeigt werden können.

Eine Aufarbeitung der Lokalgeschichte sollte daher immer auch Gegenwartsbezüge herstellen und diese nach außen vermitteln.

„Was hat aktueller Rechtsextremismus mit dem zu tun, was es 1933 bis 1945 gab, und gibt es da eine Verbindung, gibt es da eine Klammer?“

Es ist sehr wichtig, dass Bürgerbündnisse Themen wie diese auf die Tagesordnung setzen und immer wieder auf die Gefahren für die Demokratie hinweisen. Es wäre jedoch falsch, Bündnisarbeit auf ihren ermahnenden Charakter zu reduzieren. Viele Bündnisse signalisieren bereits durch ihren Namen und ihre Leitlinien, dass sie für eine bunte, vielfältige und couragierte Gesellschaft eintreten möchten. Dieser positive Grundgedanke spiegelt sich auch in zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen wider. Politische Feste, wie zum Beispiel das Bürgerfest in Tostedt, das Kulturfest in Bad Nenndorf und der Verdener Aktionstag für Demokratie und Toleranz im Jahr 2005, wurden erst durch das Engagement der Bündnisse möglich und bereichern das Stadtleben, indem sie den hohen Wert von kultureller Vielfalt und aktiver Zivilgesellschaft vermitteln.

Den Bündnissen ist bewusst, dass nur die wenigsten Aktionen dazu führen können, verfestigte rechtsextreme oder menschenfeindliche Einstellungen zu ändern. Mit ihrer Arbeit leisten sie jedoch einen sehr wertvollen Beitrag dazu, die Demokratie zu stärken und vor Angriffen zu schützen.

„Was mich wirklich umtreibt und wo ich mich gerne engagiere: dass wir eine hohe Quote aktiver Demokratinnen und Demokraten haben, die wissen, was Menschenrechte sind und warum man sich dafür einsetzt. Dafür zu arbeiten, dass es 60, 70, 80 oder 90 Prozent aktive Demokratinnen und Demokraten gibt – daran lohnt es sich zu arbeiten.“



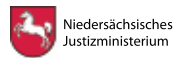
15 Schritte zu einer erfolgreichen Bündnisarbeit

- 1** Bürgerbündnisse sollten sich nicht auf die Arbeit gegen Rechtsextremismus beschränken, sondern auch andere Formen **Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** in den Blick nehmen.
- 2** Bürgerbündnisse etablieren mit ihren langfristig angelegten und sichtbaren Aktionen eine **Kultur des Hinschauens und der Positionierung** in der Kommune und fördern somit **gelebte Demokratie**.
- 3** **Entwicklungen und Veränderungen** der regionalen und überregionalen rechtsextremen Szene sollten genau beobachtet werden, damit Akteurinnen und Akteure vor Ort schnell auf neue Entwicklungen reagieren können.
- 4** **Ängste** vor rechtsextremen Drohgebärden und Übergriffen sollten thematisiert und ernstgenommen werden. **Gefährdungen** dürfen nicht heruntergespielt werden. Insbesondere die (potentiellen) **Opfer** rechtsextremer Gewalt müssen geschützt werden.
- 5** Im Rahmen einer **Aufarbeitung der lokalen Historie** sollten Bezüge zur Gegenwart hergestellt werden und Zusammenhänge sowie aktuelle Gefährdungen nach außen kommuniziert werden.
- 6** Engagement sollte nicht an lokalen Grenzen enden. **Überregionale Netzwerke** ermöglichen den Austausch von Informationen und Erfahrungen sowie eine Weitergabe guter Ideen.
- 7** Formulierungen mit einer **positiven Grundaussage** erleichtern die Einigung und Zusammenarbeit aller demokratisch eingestellten Kräfte.
- 8** Durch die gemeinsame Vereinbarung von **Leitlinien** können sich Bündnisse klar positionieren und von gewaltbereiten Gruppierungen abgrenzen.
- 9** Die Einbindung **konsensfähiger zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure** erhöht das Vertrauen und die Akzeptanz in der Bevölkerung.

- 10** Kooperationen mit Organisationen sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Bereichen **Bildung und Jugendarbeit** sind wichtig, um Jugendliche und junge Erwachsene zu erreichen und in die Aktionen und Veranstaltungen der Bündnisse einzubinden.
- 11** Durch die Bereitstellung neuer, niedrigschwelliger **Formen der Beteiligung** kann eine Einbindung aller interessierten Bevölkerungsgruppen gelingen. Insbesondere **Erlebnisorientierung und Spaß** sollten nicht zu kurz kommen.
- 12** **Unterschiedliche Rollen** (z.B. Bürgerbündnis und Polizei) sollten akzeptiert werden und ein regelmäßiger Austausch über Motive und Positionen sollte stattfinden.
- 13** Eine funktionierende **Öffentlichkeitsarbeit** sollte sich nicht auf eine klassische Pressearbeit beschränken, sondern vielfältige Kommunikationswege nutzen.
- 14** Bei der Erstellung und Pflege einer **Internetpräsenz** und der Nutzung sozialer Netzwerke sollte immer darauf geachtet werden, dass Inhalte vor einer missbräuchlichen Verwendung geschützt werden.
- 15** Die Zusammenarbeit mit der Presse sollte nach Möglichkeit als eine „**Medienpartnerschaft**“ organisiert werden, bei der sich beide Partner unterstützend zur Seite stehen und Informationen sowie Expertise zur Verfügung stellen.

Vielen Dank an alle Interviewpartnerinnen und Interviewpartner!

Maren Ahrens, Lutz Brockmann, Gerd Bücken, Ulrich Graß, Michael Himmel, Reinhard Koch, Birgit Kramp,
Uwe Märtens, Erich Meenken, Werner Meincke, Meike Moog-Steffens, Elke Müller, Hartmut Nordbruch,
Bernd Reese, Werner Schröter, Jürgen Uebel, Fritz Vokuhl, Thomas Winkler, Vera Winkler



Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“





Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“

Landespräventionsrat Niedersachsen II
Niedersächsisches Justizministerium
Am Waterlooplatz 5A/II
30169 Hannover

Telefon (0511) 122-7137
Fax (0511) 120-5271
Mobil (0176) 10196449
Mail nilako@lpr.niedersachsen.de

www.lpr.niedersachsen.de/tfks